

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

In vieler Hinsicht aussergewöhnlich



Das Ziel auch in der Europapolitik immer scharf im Auge: FDP-Parteipräsident Franz Steinegger.

(Photo ruti)

Die Europafrage steht im Vordergrund der politischen Diskussion. Dem EWR-Vertrag ist die Sonderkommission der eidgenössischen Räte gewidmet. In der Septembersession soll die Vorlage fertig beraten werden, bereit für die Volksabstimmung am 6. Dezember. Es ist aussergewöhnlich, dass zwischen dem Ende einer parlamentarischen Beratung und der Volksabstimmung nur knapp zwei Monate bleiben. Aussergewöhnlich aber ist vieles an dieser Vorlage.

AMK. Der EWR-Vertrag ist in erster Linie ein Wirtschaftsabkommen, das uns den Zugang zum europäischen Binnenmarkt eröffnet. Die Gründe für ein Ja zum EWR-Vertrag sind schwergewichtig: Ein Ja löst Wachstumsimpulse in der Schweiz aus. Bei einem Nein

dagegen wird die Schweizer Wirtschaft diskriminiert und verliert damit praktisch ihre Konkurrenzfähigkeit.

Es ist kein Geheimnis, dass in den Chefetagen bedeutender Firmen vorbehaltende Beschlüsse gefasst wurden, die nach der Abstimmung über den EWR-Vertrag in Kraft treten können: Sagt das Volk Ja zum EWR-Vertrag, bleiben Abteilungen oder der Firmensitz in der Schweiz, sagt es Nein, werden die Konsequenzen gezogen. Die Folgen für den Einzelnen liegen auf der Hand.

Die Gegner des EWR-Vertrags müssen sich diesen konkreten Fragen stellen und Gegenargumente auf den Tisch legen. Bis jetzt hat man keine Szenarien erhalten, die die wirtschaftliche Lage der Schweiz nach einem allfälligen Nein zum EWR-Vertrag darstellen. Der Verdacht liegt auf der Hand, dass die Gegner keine haben. □

Inhalt

- Freisinnige aus 17 Kantonen trafen sich in Bern. Lesen Sie ab Seite **5**
- Neat ist Thema auf den Seiten **7, 8, 9**
- Abstimmungsvorlagen im Überblick ab Seite **12**
- Ein Interview mit der Bäuerin und FDP-Nationalrätin Milli Wittenwiler finden Sie ab Seite **14**

Parolen

An ihrer Versammlung am 22. August 1992 in Schaffhausen haben die Delegierten der schweizerischen FDP folgende Parolen zu den eidgenössischen Vorlagen vom 27. September 1992 gefasst:

Alpentransitbeschluss	JA
Revision des Stempelsteuergesetzes	JA
Bäuerliches Bodenrecht	NEIN
Parlamentsreform	
• Geschäftsverkehrsgesetz	JA
• Entschädigungsgesetz	JA
• Infrastrukturgesetz	JA

Frankreich stimmt über die Verträge von Maastricht ab

Der dritte und voraussichtlich letzte Volkstentscheid über die Verträge von Maastricht zur politischen und wirtschaftlichen Union der zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) findet in Frankreich am 20. September statt. Für die EG ist es ein weiteres Zitterdatum.

Jacques Baumgartner

Der Nationalstaat als alleinige politische Daseinsform in der Europäischen Gemeinschaft soll abdanken. An seine Stelle soll die politische und wirtschaftliche Union, ein «echt» geeintes EG-Europa treten. So beschlossen es die EG-Staats- und -Regierungschefs im vergangenen Dezember im niederländischen Maastricht. «Europa hat sich unumkehrbar auf den Weg der Einigung gemacht», pries damals beispielsweise der deutsche Bundeskanzler, Helmut Kohl, das Vertragswerk.

Elektrischer Schock

Dann kam, die EG gleichsam elektrisierend, der Schock aus Kopenhagen. Am 2. Juni lehnten die dänischen Stimmberechtigten, wenn auch äusserst knapp, so doch mehrheitlich, die Verträge von Maastricht ab. Zwar hatten die Dänen nicht die Möglichkeit gehabt, darzulegen, was ihnen an dem Vertragswerk missfällt, aber sie waren schon immer EG-skeptisch gewesen. Es kann angenommen werden, dass sie fürchte(n), von einer EG-Superbürokratie mit Sitz in Brüssel beherrscht zu werden, welche ihr Leben mit undurchsichtigen Dekreten durcheinanderbringt. Es war ein dänisches Nein zu den Maastrichter Verträgen, aber nicht zur Europäischen Gemeinschaft als solcher.

«MassTrick!»

Ja sagten hingegen am 18. Juni die zweieinhalb Millionen irischen Stimmberechtigten. Es ist nicht bloss ein Ja zu «Maastricht», sondern auch ein

Ja für eine liberale, säkulare Gesellschaft. Irland ist ein katholisches Land, und die Bischöfe hatten die Verträge als «eine grosse Gefahr für das ungeborene Leben, aber ausserordentlich für Irland» bezeichnet. Derweil das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche, Papst Johannes Paul II., die Europäische Union befürwortet, hatten Irlands Kirchenväter den Gläubigen nahegelegt, ein Nein in die Urne zu legen ... und gleich neben Weihwasser und Opferstock suggerierte in den Kirchen ein Plakat «If in doubt vote NO for the unborn». Andere politische Gegner plakatierten ihre Ablehnung der Verträge mit «MassTrick!».

Nun aber sind die dreieinhalb Millionen Iren grösste Empfänger von Entwicklungsgeldern innerhalb der EG; pro Kopf der Bevölkerung erhält Irland jährlich 600 Pfund (etwa 1500 Franken) und über die nächsten fünf, letztlich wahrscheinlich sieben Jahre sind Irland sechs Milliarden Pfund aus der EG-Kasse in Aussicht gestellt worden. Das war auch das grösste Ja-Argument der Regierung für die Maastrichter Verträge.

Wahrscheinlich werden die Dänen nochmals zu den Urnen gerufen, denn bevor nicht alle zwölf EG-Staaten die Verträge gebilligt haben – und der EG-Budget-Disput beigelegt worden ist –, müssen die Beitrittskandidaten warten.

Ausnahmefall

Dass auch in Frankreich das Volk das letzte Wort haben soll, ist eigentlich ein Ausnahmefall. Es obliegt den nationalen Parlamenten, die notwendigen Verfassungsänderungen vorzunehmen, die Verträge zu ratifizieren, damit rechtzeitig das

neue Europa Anfang 1993 etabliert werden kann, damit mit Beitrittskandidaten wie Finnland, Österreich, Schweden und der Schweiz verhandelt werden kann (Norwegen dürfte sich auch noch hinzugesellen).

Malta, die Türkei und Zypern müssen draussen vor der EG-Tür bleiben. So wurden sie nach dem EG-Gipfel von Ende Juni in Lissabon beschieden; Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn dürfen sich gedulden und hoffen, bis die Gemeinschaft die reicherer Beitrittswilligen (1996?) «absorbiert» hat.

Alleingang im Kugelhagel

Gleich nach dem dänischen Nein (er dürfte damit gerechnet haben) entschied sich der französische Staatspräsident, François Mitterrand, für die Referendum genannte Volksabstimmung, drei Wochen nach dem Ende der Sommerferien in Frankreich. Er hat damit der «rechten» Opposition gewissermassen die Schau gestohlen, einen weiteren Keil in deren in der Maastricht-Frage gespaltenes Lager getrieben. So hatte das Rassemblement pour la République (RPR/Gaullisten) von Jacques Chirac schon zuvor eine Volksbefragung gefordert. Um sich nicht mit der sozialistischen Regierung identifizieren zu müssen, bleibt jetzt Chirac nichts anderes übrig, als auf einer Neuverhandlung der Verträge zu beharren. Vehement pro EG ist die Union pour la démocratie française (UDF/Liberale Giscardisten) von Valéry Giscard d'Estaing. Gegen Maastricht sind die Kommunisten und der Front national (FN/«Rechtsextreme» von Le Pen) sowie die Grüne Partei.

Die Fragestellung des «Referendums» ist einfach und lautet: «Stimmen Sie dem Vertrag von Maastricht zu?» Noch im Juni zeigten Meinungsumfragen, dass sechs von zehn Stimmberechtigten für das Vertragswerk waren; derzeit sind es «fünfeinhalb», das

heisst 56 Prozent. Mehrheitlich geht es den Bürgern – laut Umfragen – bei der Abstimmung um die Frage der europäischen Einigung, das heisst, nur eine Minderheit sieht darin eine Gelegenheit, um über die sozialistische Regierung, über den Staatspräsidenten zu urteilen beziehungsweise diese zu verurteilen. Offenbar stufen die Bürger die Volksabstimmung nicht als ein innenpolitisches Thema ein. Mehrheitlich erklären die Befragten, in einem Nein sähen sie keinen Anlass für vorgezogene Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen. Allerdings ist die «Beliebtheit» von Mitterrand mit 26 Prozent auf einem Tiefpunkt angelangt.

Offenbar sind mittlerweile François Mitterrands Sympathien verfliegen, die er gewonnen hatte, als er gleich vom Lissabonner EG-Konferenz Tisch weg ins belagerte Sarajewo flog. Alle zollten – damals – der Courage des 75jährigen Beifall, auch die Opposition.

Aber gerade dieser «Alleingang im Kugelhagel» beweist auch die (bisherige?) Unfähigkeit EG-Europas, das Feuer in Ex-Jugoslawien allein zu löschen. Hätte Mitterrand mehr Vertrauen in seine EG-Partner, wäre er kaum allein aufgebrochen.

Allerdings, was auch erwogen werden muss, ein Nein der Stimmberechtigten dürfte das Ende von «Maastricht», das Ende der Hoffnungen auf eine europäische Einigung bedeuten. Dann stände Europa wieder am Anfang des Jahrhunderts und der Gefahr gegenüber, dass «die Lichter ausgehen» könnten. □

Splitter

«Dolce sapere niente»

Will man Meinungsumfragen glauben, so haben 37 Prozent der Italiener noch nie etwas von Maastricht gehört. □

Peter Schorer: lacht viel, um sich fit zu halten

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf jene Menschen, die bereit sind, Führungsarbeit zu übernehmen, dabei aber keinen sturen Dogmen anhängen, sondern fähig sind, ein grosses Mass an Toleranz und Menschlichkeit zu üben.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die Gleichgültigkeit der Einzelnen gegenüber den Problemen der anderen.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die Demokratie für die wichtigste. Den Walkman und ähnliche Isolationsmaschinen für die entbehrlichste.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Eigentlich fast alles. Ganz besonders aber, dass die Chancengleichheit der Menschen



Stadtrat Peter Schorer: Bleibt trotz allem Optimist.

einen so hohen Stand erreichen konnte.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Dass wir wegen der Überstrapazierung unserer direkten Demokratie und unseres Rechtsstaates immer weniger in der Lage sind, wichtige politische

Entscheide zeitgerecht zu fällen.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Ja und Nein: Ja; Aktive Minderheiten bringen wichtige neue Denkanstösse. Nein; Wenn die Mehrheiten nicht schlafen, setzen sie das Mach- und Wünschbare davon in die Tat um und versteifen sich nicht auf das Zementieren des Bestehenden.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil ihre liberale Grundhaltung meinen Ansichten entspricht und die Selbstverantwortung im Parteiprogramm eine wichtige Rolle spielt. Zudem hatte ich nie Grund, mit der freisinnigen Tradition meiner Familie zu brechen.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Dem Präsidenten Südafrikas, W. de Klerk. Er hat seine Führungsverantwortung wahrgenommen und hat zielstrebig begonnen, das heisseste politi-

sche Eisen seines Landes anzufassen und nach ethisch hochstehenden Grundsätzen zu schmieden.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Wenn Sie offen und ehrlich sagen, was ihre Ziele sind und zu diesen auch dann noch stehen, wenn der Wind ihnen ins Gesicht bläst.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Gleichberechtigung verlangt Harmonie zwischen Mann und Frau. Emanzipationsbestrebungen sollten deshalb weniger darauf abzielen, dass Frauen gleich wie Männer handeln, als vielmehr darauf, dass die «weiblichen» Eigenschaften der Männer gefördert und besser akzeptiert werden.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Ich gehe offen auf Menschen und Probleme zu. Dadurch gelingt es oft, konsensfähige Resultate zu erreichen. Andererseits macht Offenheit verletzbar.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Eugen Drewermann: «Worum es eigentlich geht...»

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Zuwenig, aber immerhin: Familie, Reisen, Sauna und vor allem viel lachen.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Ein grosses Orchester dirigieren.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Hugo Loetscher. Er ist ein hochbegabter Schriftsteller, insbesondere aber auch ein weltoffener Schweizer mit einer liebenswürdig kritischen Haltung zu unserer Heimat. □

Kurzbiographie

Peter Schorer

Zur Person: Ich bin in der Stadt Bern aufgewachsen und kam – bereits mit einer Ostschweizerin verheiratet – vor 18 Jahren nach St. Gallen, wo ich mich sogleich heimisch fühlte. Vor allem schätze ich die leichtfüssige und kontaktfreudige Art des Ostschweizers und liebe die Lebensqualität in diesem Teil der Schweiz. Das Gemeinwesen ist mir ein intensives Anliegen, und das leider verbreitete Desinteresse an unserem Staat ärgert mich. Deshalb müssen unsere drei Kinder am Mittagstisch oft Staatskunde über sich ergehen lassen.

Alter: 46

Berufliche Stationen: 1972 Uni-Abschluss als Fürsprecher (Rechtsanwalt) in Bern, nach Auslandsaufenthalten

Rechtsabteilung kantonales Baudepartement und Dissertation. Ab 1976 Rechtskonsulent des Stadtrates. Seit 1981 Mitglied des Stadtrates St. Gallen als Vorstand der Polizeiverwaltung und der Verwaltung der Sozialen Dienste.

Politischer Werdegang:

1977–1980 Präsident Kreispartei Ost. Seit 1984 Mitglied des Grossen Rates. In Verbindung von Politik und Beruf widme ich mich vor allem Sozial- und Sicherheitsfragen. Das liberale Gedankengut soll in der Sozialpolitik nicht nur eine wichtige Vergangenheit haben, sondern auch wieder wegweisender werden für die Zukunft.

Liebste Tätigkeit: Familie, Musik und bildende Kunst, Reisen und Skifahren rufen eigentlich nach einem Jahr mit mehr Tagen. □

Nukleare Entsorgung – eine Bestandesaufnahme

«Nukleare Entsorgung – eine Bestandesaufnahme» – unter diesem Titel führte das Energieforum Schweiz kürzlich eine Tagung durch, die zu einem Tagungsband zusammengefasst wurde. Dies ermöglicht dem Leser eine umfassende Aufarbeitung des Dossiers der Lagerung radioaktiver Abfälle.

Die Entsorgung der radioaktiven Abfälle ist eine der zentralen und politisch umstrittensten Aufgaben der Energiepolitik, wie Dr. Eduard Kiener, Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft, feststellte. Es gelte deshalb, das Umfeld so zu verbessern, dass endlich Lösungen möglich werden.

Hans Issler, Präsident der Nagra, legte das Konzept «Nu-

kleare Entsorgung 2000» dar, welches als Teil des Aktionsprogramms «Energie 2000» zu verstehen ist und für welches das EVED auch eine eigene Konfliktlösungsgruppe eingesetzt hat. Das zehnjährige Moratorium für neue Kernkraftwerke sei als Verpflichtung zu sehen, die Fragen um die nukleare Entsorgung in diesem Zeitraum einer Lösung näher zu bringen. Die Schweiz zähle heute zur Gruppe der führenden Industriestaaten, die eine aktive Umwelt- und Entsorgungspolitik betreiben. In der Umsetzung der Entsorgungskonzepte, also im Vollzug der Versorgungsaufgaben, drohten wir dagegen ins Hintertreffen zu geraten.

1991 hat FDP-Nationalrat Ulrich Fischer (AG) eine Motion zum Abbau von Verfahrenshürden eingereicht, welche vom Nationalrat bereits angenommen worden ist. Der Motionär ging an der Tagung auf die rechtlichen Rahmenbedingungen der nuklearen Entsorgung ein. Wenn auch der Ständerat der Motion zustimmt, könne davon ausgegangen werden, dass die Verwaltung noch in der zweiten Hälfte dieses Jahres das Vernehmlassungsverfahren über die Teilrevision des Kernenergiegesetzes durchführen werde, so dass sie im Laufe des Jahres 1993 verabschiedet werden könne.

Der Serge Orłowski stellte die Problematik aus der Sicht der Europäischen Gemeinschaft dar. Sein Referat machte deutlich, dass im technischen Bereich eine enge internationale Zusammenarbeit und Übereinstimmung bezüglich der Machbarkeit der Lagerung der radioaktiven Abfälle besteht, dass aber von Land zu Land die politischen Antworten unterschiedlich ausfallen.

Seine Darlegungen über Durchführbarkeit und Strahlungssicherheit der technischen Konzepte wurden vertieft im Beitrag von Roland Naegelin, Direktor der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK), welcher ebenfalls die intensive internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nuklearen Entsorgung unterstrich.

Dr. Emil Kowalski und Dr. Charles McCombie nahmen dann eine Standortbestimmung des Dossiers aus Nagra-Sicht vor. Unter der Annahme, dass nach der technisch-wissenschaftlichen Beweisführung für die Realisierung eines Endlagers für kurzlebige Abfälle auch politisch ein Konsens erzielt werden kann, sollte Mitte 1993 derjenige Standort gewählt werden können, an dem die weiteren Untersuchungen durchgeführt werden und an dem – bei Bestätigung der Standorteignung – das Endlager auch gebaut werden soll

(Bois de la Glaive, Gemeinde Olon / Oberbauenstock, Gemeinde Bauen UR / Piz Pian Grand, Gemeinden Mesocco und Rossa GR / Wellenberg, Gemeinde Wolfenschiessen). Die Inbetriebnahme könnte dann etwa im Jahre 2004 erfolgen.

Für die hochaktiven und langlebigen mittelaktiven Abfälle konnte in der Nordschweiz bisher ein umfangreiches regionales Untersuchungsprogramm durchgeführt werden (Tiefbohrungen Böttstein/Weiach/Riniken/Schafisheim/Kaisten/Leugern/Siblingen). Neben dem kristallinen Gestein werden auch Sedimentgesteine auf ihre Eignung zur Aufnahme eines Endlagers abgeklärt. 1993 werden die diesbezüglichen Resultate vorliegen. Das Ziel ist es, den Standortnachweis bis zum Jahr 2000 zu erbringen; ein Endlager wird frühestens ab dem Jahr 2020 benötigt.

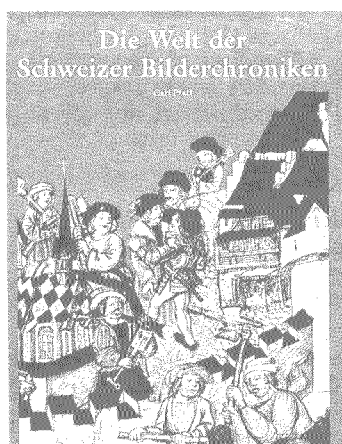
Zum Schluss ging Marcel Blanc, bis 1991 Energiedirektor des Kantons Waadt, auf die politische Dimension der nuklearen Entsorgung ein. Als Voraussetzung für die Realisierung des Projektes forderte er eine aktive und allgemeinverständliche Informationspolitik, absolute wissenschaftliche Zuverlässigkeit und die Nicht-Vorwegnahme künftiger Entscheide. Im weiteren sei zu gewährleisten, dass Entscheide von Politikern und nicht von Technikern getroffen, verantwortet und – für das ganze Staatsgefüge wichtig – auch durchgesetzt würden. Am allermeisten aber brauche es auch hier ein wachsendes Vertrauen der Bevölkerung in ihre Behörden.

Die ausführlichen Referate sind in einem Tagungsband zusammengefasst und beim Energieforum Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7, zu beziehen. (Preis: Fr. 30.– zuzüglich Versandkostenanteil)

Farbenprächtige Dokumente

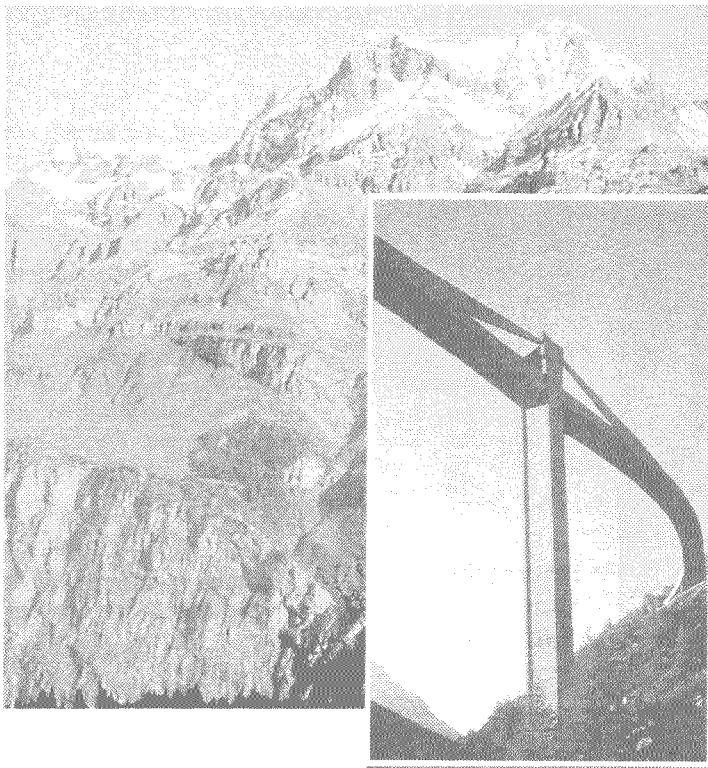
Die eidgenössischen Bilderchroniken, die allesamt in den entscheidenden Jahren zwischen 1470 und 1515 entstanden sind, gehören zu den aussergewöhnlichsten Dokumenten schweizerischer Geschichtsschreibung. In den reich illustrierten Werken äussern sich im ausgehenden 15. Jahrhundert zum erstenmal und zugleich eindrucksvoll das erwachende Selbstbewusstsein und der Stolz der erstarkenden Eidgenossenschaft, die in den Burgunderkriegen plötzlich auch zu einer politischen Macht in Europa wird.

Neben der Darstellung der eigenen Geschichte vermitteln die Chroniken des Berner und des Luzerner Schilling, des Berners Tschachtlan und des Aargauers Schodoler aber auch ein reiches, buntes und vielfältiges Bild des spätmittelalterlichen Alltags in der Schweiz. Sie geben Einblick in Lebensgewohnheiten, Ess- und Trinksitten und zeigen die Eidgenossen bei Spiel, Sport und Fasnachtsvergnügungen. Sie führen uns drastisch die mittelalterliche Rechtspflege und die nicht immer zimperlichen Formen eidgenössischer Kriegsführung vor Augen und machen bekannt mit der Welt des Glaubens und des Aber-



glaubens am Vorabend der Reformation. Politische Ereignisse, wie etwa die Schlacht bei Murten oder Kaiserbesuche, werden in den Chroniken ebenso anschaulich und farbenprächtig dokumentiert wie Feuersbrünste, Verkehr, Transport, Wirtschaft und Handel oder Haus- und Städtebau jener Zeit. Ein umfangreiches, durchgehend farbig illustriertes Buch* gibt auf 256 Seiten rund 200 Bilder – davon 80 grossformatige – aus Chroniken und etwa 170 Objekte und Dokumente aus der Zeit wieder und beschreibt sie ausführlich. □

* Carl Pfaff: Die Welt der Schweizer Bilderchroniken. BD Bücherdienst AG, Einsiedeln 1991. Fr. 56.–.



Brückenschlag zwischen Ökonomie und Ökologie heisst die Devise der freisinnigen Umweltpolitik.

(Collage Stahl/AMK)

Was kann und soll unsere Umweltpolitik bewirken?

Eine Aussprache zwischen Freisinnigen aus 17 Kantonen

Walter Schiesser, Präsident des Umweltausschusses der FDP der Schweiz

Sie waren an einem strahlenden Mai-Samstag nach Bern gekommen, aus Genf und Chur, aus dem Appenzellerland und aus dem Tessin, insgesamt 44 Mitglieder von freisinnigen Umweltausschüssen in 17 Kantonen. Nur schon ihre Bereitschaft, einen weiteren Wochenendtag der Politik zu «opfern», machte deutlich, dass die vom schweizerischen Umweltausschuss veranstaltete Aussprache einem Bedürfnis entsprach.

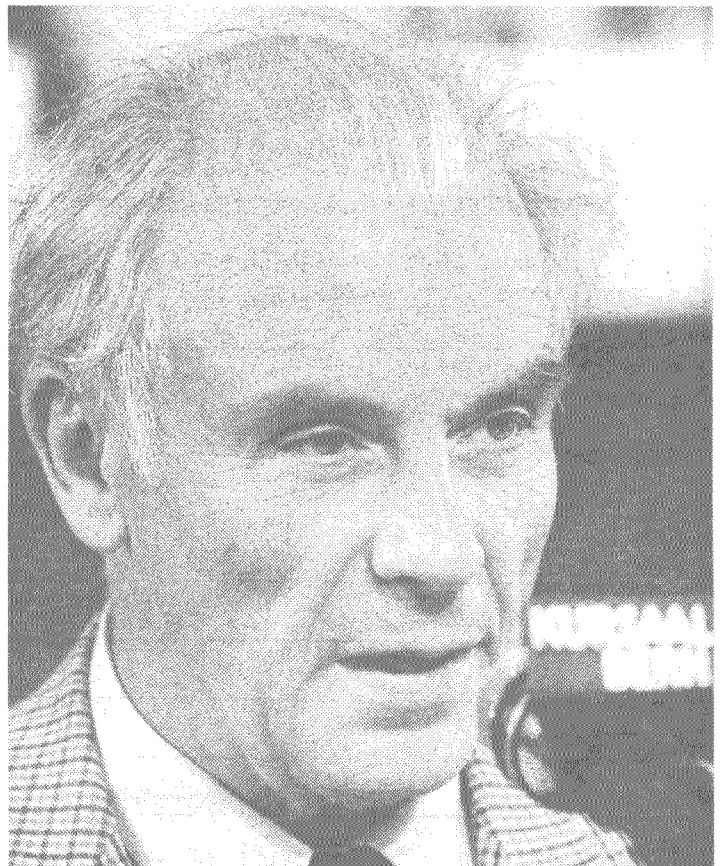
Eine aktive Umweltpolitik, die auch national und regional eine nachhaltige, auf die Dauer umweltverträgliche Entwicklung anstrebt, muss für unsere Partei ein zentrales Anliegen

sein. Das bestätigte auch Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger in seiner Ansprache.

Partei in der Umweltpolitik zu defensiv

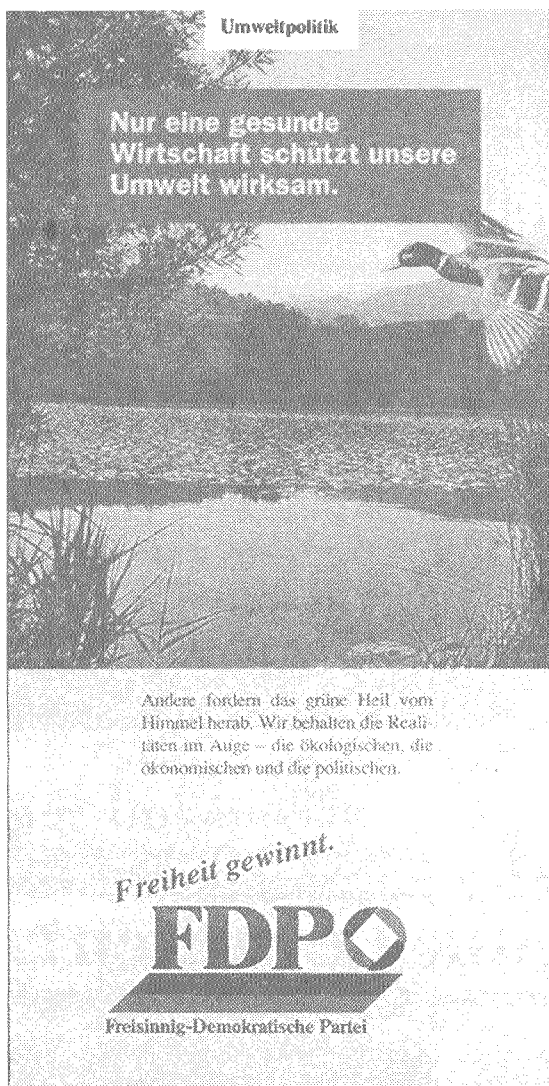
Dass in Umweltfragen engagierte Freisinnige mit der Politik ihrer Partei gelegentlich Mühe haben, kam in zahlreichen Voten zum Ausdruck. Generell wurde beanstandet, dass zu oft Sachentscheide gefällt werden, die mit den deklarierten Zielen der Partei im Widerspruch stehen.

Am deutlichsten wurde die Kritik im Panelgespräch unter der Leitung von alt Ständerat Arthur Hänsenberger (BE), an dem die beiden Ständeräte Gilles Petitpierre (GE) und René Rhinow (BL), der Zürcher Kantonsrat Peter Niederhauser, Hans Gattiker (Geschäftsführer des Schweizer Heimatschutzes) und Daniel Stolz als Vertreter der Jungfreisinnigen teilnahmen. Rhinow identifizierte



Walter Schiesser: «Eine aktive Umweltpolitik muss für unsere Partei ein zentrales Anliegen sein.» (Photo ruti)

Fortsetzung auf Seite 6



FDP-Umweltpolitik

Eine Kurzfassung der FDP-Umweltpolitik finden Sie im FDP-Faltprospekt. Bestellen Sie ihn, legen Sie ihn an Ihren Veranstaltungen auf!

Talon

Ich bestelle

___ Ex. des Faltprospektes über die FDP-Umweltpolitik (1 Ex. gratis, sonst Fr. -50 pro Ex.)

Name _____

Vorname _____

Strasse /Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 21 19 51.

Fortsetzung von Seite 5

in diesem Zusammenhang vier Spannungsfelder:

- den Gegensatz zwischen der immer weniger von der Umweltpolitik zu trennenden Ordnungspolitik und der Interessenpolitik
- das Auseinanderklaffen von umweltpolitisch Engagierten und Entscheidungsträgern
- das Nebeneinander von liberaler, offener und lernbereiter Haltung einerseits und konservativem Beharren andererseits, und schliesslich
- das Schwanken zwischen einer Politik kurzfristiger Stimmenmaximierung und dem Mut, längerfristige Ziele konsequent zu verfolgen.

Deregulierung: Ja mit Vorbehalt

Unverkennbar war das Unbehagen, welches das Nein der Delegierten zum revidierten Gewässerschutzgesetz ausgelöst hatte. Viele um die Umwelt besorgte Freisinnige teilen zwar die Skepsis gegenüber allzu vielen Vorschriften, zumal deren Vollzug oft nicht mehr gewährleistet ist. Deshalb kann Deregulierung auch aus ihrer Sicht durchaus sinnvoll sein – allerdings nur unter der Voraussetzung, dass mit den ungeliebten Vorschriften nicht auch gleich wichtige, vielfach in der Verfassung verankerte Ziele zum Schrott geworfen werden.

Freisinnige Umweltpolitik kann sich jedenfalls nicht auf die Bekämpfung von Massnahmen beschränken, die vermeintlich oder auch tatsächlich perfektionistisch oder überflüssig sind. Die Herausforderung muss für sie darin bestehen, die wichtigen Probleme entschlossen anzupacken und dafür innovativ Lösungen zu suchen, welche effizient sind und gleichzeitig die persönliche und die unternehmerische Freiheit nicht mehr als nötig einschränken. Dabei darf man sich allerdings keine Illusionen machen: Umweltschutz wird nie gratis und oft un bequem sein.

Mehr Zusammenarbeit

Am Nachmittag wurden drei Problemkreise aufgegriffen,

mit denen sich freisinnige Umweltpolitik in nächster Zeit intensiv befassen muss.

Im Vordergrund stand der Brückenschlag zwischen Ökonomie und Ökologie: Heute genügt es nicht mehr, die Vorzüge marktwirtschaftlicher Instrumente des Umweltschutzes zu preisen; vielmehr geht es nun darum, praktikable Vorschläge zur Konkretisierung zu erarbeiten und – was noch weit anspruchsvoller ist – diesen zum Durchbruch zu verhelfen.

Als Grundlage für eine prospektive Politik steht hier der Partei das vom Delegiertenrat am 22. November 1991 verabschiedete Positionspapier über den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umwelt- und Energiepolitik zur Verfügung, das Ständerat Kurt Schüle vorstellte. Dieses vom Umwelt- und vom Energieausschuss erarbeitete Dokument weist in die gleiche Richtung wie die im Frühjahr veröffentlichte Erklärung, mit der schweizerische Spitzenunternehmen den Bundesrat auffordern, sich auf internationaler Ebene für die Einführung einer Lenkungsabgabe auf CO₂-Emissionen einzusetzen.

Diese Übereinstimmung bestätigt, dass freisinnige Um-

weltpolitik künftig vermehrt die Zusammenarbeit mit der wachsenden Zahl umweltbewusster Wirtschaftsvertreter suchen sollte. Diesen ist – um nur ein Beispiel für ihr innovatives Engagement zu erwähnen – auch das in Bern von Beat Moser (SGCI) präsentierte «Dual-Instrument» mit einer Kombination von freiwilligen Vereinbarungen zwischen Branchen und Behörden und Lenkungsangaben zu verdanken.

Europäische Integration und Strukturwandel in der Landwirtschaft

Impulse wurden in zwei weiteren Bereichen vermittelt, in denen für die freisinnige Umweltpolitik sowohl auf eidgenössischer wie auch auf kantonaler Ebene ein beträchtlicher Orientierungs- und Handlungsbedarf zu erwarten ist. Hans U. Liniger (Ecosens AG) umriss die umweltrelevanten Konsequenzen aus der europäischen Integration, während Ständerat Riccardo Jagmetti (ZH) und Nationalrat Christian Wanner (SO), Präsident des FDP-Landwirtschaftsausschusses, auf die möglichen Folgen des Strukturwandels in der Landwirtschaft auf Natur und Landschaft hinwiesen. □

Kolumne

Neat: Die Grünen stolpern über sich selbst



Die Alpen-Transitvorlage (Neat) steht auf dem Abstimmungsprogramm vom 27. September. Zwei Eisenbahn-Basistunnels sollen den zu erwartenden Gütermehrverkehr Nord-Süd durch die Schweiz auf die Schienen lenken und damit einen wesentlichen Beitrag für den Umweltschutz leisten. Mit dem Bau eines Gotthard- und eines Lötschbergtunnels können die vorhandenen und mit dem Projekt «Bahn 2000» auszubauenden Zufahrtslinien optimal ausgenutzt werden. Mit der Neat erfüllt die Schweiz nicht nur ihre europäische Pflicht als Hüterin der Alpenpässe – und verringert den starken Druck auf den Ausbau der Strassenübergänge –, sie dient der Reinhaltung der Luft und vor allem jener in den besonders stark betroffenen Tälern: Im Transitabkommen mit der EG konnte an der 28-Tonnen-Limite festgehalten werden.

Angesichts dieser ökologischen, Grosswetterlage hätte man annehmen müssen, die Grüne Partei würde zu den enthusiastischen Befürwortern der Vorlage gehören. Weit gefehlt. Sie hat von Anfang an die Suppe nach Haaren abgesucht, die ihr ein Nein erlauben würden. Ihre Argumentation war wechselhaft und die Festigkeit ihres Neins schwankend – ihre Vertreterin in der vorberatenden Kommission des Nationalrats stellte einmal ein persönliches Ja in Aussicht, wenn in einem Artikel gefordert werde, dass jeder Güterverkehr nach Erstellung vollständig auf der Schiene abgewickelt würde – was praktisch und gemäss internationalem Recht in dieser rigorosen Form undenkbar ist.

Das Hüft und Hott spiegelt eine gewisse Rat- und Hilfslosigkeit wider, die um so grösser ist, als der grüne «Sachverstand», der Verkehrsclub der Schweiz, schliesslich mit grossem Mehr Zustimmung zur Neat

beschloss. Die Neat ist ein Musterbeispiel dafür, dass die Grüne Partei grosse ökologische Taten wegen ihrer fundamentalistischen Gesinnung verpasst. Sie hätte über die flankierenden Massnahmen gerne ihr ganzes Forderungspaket – auch Begehren, die in keinem Zusammenhang mit der Neat standen – realisiert. Dass sie die Mobilität an sich über staatliche Massnahmen reduzieren möchte, ist nicht neu, auch wenn sie die Antwort auf die Frage immer wieder schuldig bleibt, ob dies allenfalls auch durch eine Kontingentierung der Autofahrten geschehen soll. Auch Eisenbahn-Neubaustrecken brauchen Land, und auch Züge machen Lärm. Wenn man den Teufel hartnäckig genug sucht, so findet man ihn immer in einigen Details, denn es gibt keine «reine» Vorlage. Dass man hinterher auch noch entdeckt hat, dass die Vorlage zu teuer ist und dass man eine «Neat light» nur mit einer Gotthardröhre bauen sollte, mutet um so widersprüchlicher an, als anfänglich gerade von grüner Seite die Verneinung mit zwei Röhren gefordert worden war.

Aber vor allem steckt ihre Gesamthaltung tief im Schlamm des Widerspruchs. Es ist eine Politik der grossen Worte und der fehlenden Taten. Darüber kann auch das massive Geschütz nicht hinwegtäuschen, mit dem die Grünen im Abstimmungskampf antreten. Man kann zwar die gesinnungsreine Weste über alles stellen. Aber man muss dann in Kauf nehmen, dass man bei der politischen Realisierung über sich selbst stolpert – und an Glaubwürdigkeit verliert.

Kurt Müller

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen

Publikation

Die FDP leistet Vordenkerarbeit. Zu den im Artikel erwähnten Themen können folgende Publikationen bezogen werden:

- Marktorientierte Instrumente der Umweltpolitik. Eine Analyse ihrer Tauglichkeit. Politische Rundschau Nr. 3/89, 77 Seiten. Fr. 5.–.
- Liberales Manifest. Freiheit heute und morgen. Verantwortung für Mitwelt und Nachwelt. 1990. 30 Seiten. 1 Ex. gratis.
- Dazu stehen wir. Zielsetzungen und Postulate 1991 bis 1995. 95 Seiten. 1 Ex. gratis.
- Grundsätze der FDP zur Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre. Politische Rund-

schau Nr. 3+4/1990. 43 Seiten. Fr. 5.–.

- Für den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umwelt- und Energiepolitik. November 1991. 4 Seiten. 1 Ex. gratis.
- Mehr Fitness für den Wirtschaftsstandort Schweiz. April 1992. 4 Seiten. 1 Ex. gratis.
- Deregulierung. Bürgerliches Reformpaket. Dokumentation zu den Motionen von FDP, CVP, SVP und LPS. Juni 1992. 14 Seiten. 1 Ex. gratis.

Ihre Bestellung richten Sie an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. Tel. (031) 22 34 38, Fax (031) 21 19 51. □

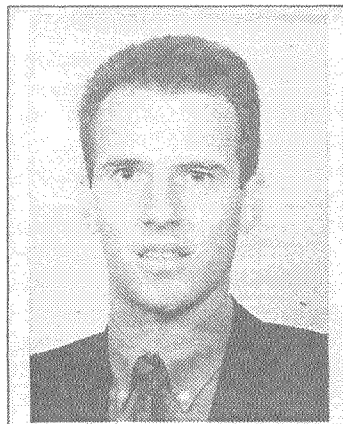
Neat Nein = EWR Nein?

Die Volksabstimmung über die neue Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) vom 27. September 1992 ist gleichzeitig auch eine Vorentscheidung für die EWR-Vertrags-Abstimmung. Wieso dies so ist und welche Konsequenzen ein negativer Volksentscheid für das Europadossier haben könnte, erläutert dieser Beitrag der Serie im «Freisinn» über den EWR-Vertrag.¹

Sven Bradke

Im Rahmen der Verhandlungen um den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) hat die Europäische Gemeinschaft (EG) mit der Schweiz und mit Österreich spezielle Verträge für den alpenquerenden Verkehr ausgehandelt. Diese bilateralen Transitabkommen waren notwendig, da die Verhandlungsdelegationen aus der Schweiz und Österreich vehement und erfolgreich die

¹ Vgl. «Freisinn» Nr. 6/Juni 1992.



Sven Bradke

Geboren 1964, lic. rer. publ. HSG. Seit Sommer 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts-, Struktur- und Regionalforschung (SIASR) an der Hochschule St. Gallen, Mitverfasser des bundesrätlichen Gutachtens von Professor Hauser über die wirtschaftlichen Konsequenzen der Szenarien EWR-Vertrag, EG-Beitritt, Alleingang.

FDP: Präsident der Europakommission des Kantons St. Gallen, Vorstandsmitglied Kreis Centrum der St. Galler FDP. □

vollständige Übernahme des EG-Verkehrsrechtes in den EWR-Vertrag ablehnten.

Während der Verhandlungen zum EWR-Vertrag betonte die EG-Seite mehrfach, dass für sie die Regelung des alpenquerenden Verkehrs eine politische Voraussetzung für das Ratifizieren und Inkrafttreten des EWR-Vertrages sei.

Obschon im multilateralen EWR-Vertrag im Anhang auf verkehrsrechtliche Ausnahmen für die Schweiz verwiesen wird, regelt der bilaterale Transitvertrag zwischen der Schweiz und der EG die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Vertragspartner. Die Verträge sind deshalb juristisch kaum miteinander verknüpft, politisch jedoch sehr stark, da die EG zur Verwirklichung des Binnenmarktes ein vitales Interesse an einer verkehrlichen Nord-Süd-Regelung hat.

Politischer Zusammenhang

Dieses bilaterale Transitabkommen gestattet der Schweiz, für die nächsten zwölf Jahre die 28-Tonnen-Gewichtslimite für Lastkraftwagen sowie das Nacht- und Sonntagsfahrverbot generell beizubehalten, ohne dass schweizerische Unternehmen im Ausland speziell diskriminiert werden. Im Gegenzug verpflichtet sich die Schweizer Regierung in Artikel 5 dieses Vertrages, langfristig für den Ausbau der Eisenbahntransitstrecken im Sinne des kombinierten Verkehrs zu sorgen.

Vertraglich festgehalten ist deshalb der Bau einer Linie zwischen Arth-Goldau und Lugano, einschliesslich eines etwa 50 Kilometer

langen Gotthardbasistunnels sowie der Bau einer Linie zwischen dem Gebiet Frutigen und dem Rhonetal (ebenfalls mit Basistunnel).

Die Neat-Vorlage befasst sich bekanntlich mit dem Bau dieser beiden Eisenbahnlinien. Lehnt das Stimmvolk die Neat ab, ist wegen des politischen Zusammenhangs zwischen EWR-Vertrag und Transitabkommen der EWR-Vertrag zumindest teilweise in Frage gestellt. Für die EG würden sich in diesem Fall verschiedene Handlungsalternativen anbieten. Sie könnte der Schweiz signalisieren, dass sie nur gewillt sei, den EWR-Vertrag in Kraft treten zu lassen, wenn die Schweiz das gesamte EG-Verkehrsrecht inklusive der 40-Tonnen-Gewichtslimite über-

nimmt. Andererseits könnte sie den EWR-Vertrag nach ihrem Verfahren trotzdem ratifizieren, jedoch schweizerische Verkehrsunternehmen durch gezielte Aussetzung gewisser EWR-Vertrags-Bestandteile diskriminieren. Eine weitere Variante wäre, den EWR-Vertrag zu ratifizieren und in Kraft treten zu lassen, die Schweiz als gleichberechtigten Vertragspartner aber erst aufzunehmen, wenn eine redimensionierte Neat-Vorlage vom Volk gutgeheissen würde. Was die Europäische Gemeinschaft tatsächlich unternimmt, bleibt Spekulation.

Unbestritten ist jedoch, dass für die EG eine möglichst liberale Regelung des Transitverkehrs ein wichtiges Anliegen ist. Die Neat-Abstimmung ist somit ein kleiner Vorentscheid für die EWR-Vertrags-Abstimmung, da die Schweiz ohne Neat-Neuaufgabe das Transit-

Das Transitabkommen in Kürze

Ziel des Abkommens ist es, koordinierte Massnahmen zur Förderung des Eisenbahnverkehrs beziehungsweise des kombinierten Verkehrs zu treffen, um die Umwelt sowie die Gesundheit der Bürger zu schützen und den anwachsenden Transitstrassenverkehr bewältigen zu können. Langfristig sollen die verschiedenen Verkehrsträger die verursachenden Kosten selbst decken.

Leistungen der Schweiz

- Die Schweiz erhöht bis 1994 oder 1995 die Kapazität im kombinierten Verkehr durch Gotthard und Lötschberg von 330 000 auf 710 000 Sendungen pro Jahr. Gleichzeitig werden, wo notwendig, die Lichtraumprofile angepasst.
- Die Schweiz verpflichtet sich, in den nächsten 10 bis 15 Jahren einen Gotthard- und einen Lötschbergbasistunnel zu bauen.
- Ausnahmen zur 28-t-Gewichtslimite, die kumulativ erfüllt sein müssen. Höchstens 15 000 Genehmigungen in jede Richtung bzw. nicht mehr als 50 pro Tag in jede Richtung.

Leistungen der EG

- Bau neuer und Verbesserung bestehender Verladeterminale, besonders in Deutschland, Norditalien und im Gebiet um Rotterdam.
- Erhöhung der Kapazitätsmöglichkeiten in Deutschland und Norditalien sowie Erweiterung der Lichtraumprofile auf norditalienischen Eisenbahnstrecken.
- Zugeständnis des 28-t-Gesamtgewichts sowie des Sonntags- und Nachtfahrverbots für die Schweiz.
- Zusicherung des Zugangs zum Verkehrsmarkt über den EWR-Vertrag oder andere zukünftige Regelungen.

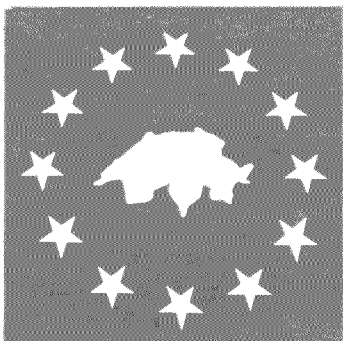
Vgl. Bundesblatt Nr. 26, Band III, vom 7. Juli 1992, S. 1057 ff.

abkommen nicht erfüllen kann. Seitens der EG ist dies jedoch, wie oben gesagt, eine politische Vorbedingung für den EWR-Vertrag.

Sinnvoll und notwendig

Unabhängig vom Zusammenhang mit dem EWR-Vertrag ist eine Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene aus verschiedenen Gründen äusserst sinnvoll und notwendig:

Erstens findet durch die 28-Tonnen-Gewichtslimite eine enorme Umlenkung des Strassenverkehrs über unsere



Nachbarstaaten statt. Durch die Schweiz rollen nur etwa 10 Prozent des gesamten Nord-Süd-Strassenverkehrs, während 60 Prozent des Schienenverkehrs durch die Schweiz fahren (vgl. die Abbildung). Der restliche Strassenverkehr geht über Österreich und Frankreich. Luftverschmutzungen dieses Umwegverkehrs treffen uns aber trotzdem. Nach Berechnungen sind nur

47 Prozent der schweizerischen Luftverschmutzung hausgemacht. Der Rest kommt vom Ausland. Unsere Gewichtslimite hält somit zwar den Verkehr von der Schweiz ab, die Luftverschmutzung trifft uns jedoch trotzdem.

Zweitens ist auch bei Beibehaltung der verkehrlichen Regelungen in der Schweiz mit einem enormen Wachstum des Verkehrsaufkommens zu rechnen. Wissenschaftler der Hochschule St. Gallen haben Schätzungen angestellt, dass sich beim heutigen Benzinpreis und ohne Neat der Verkehr über die Alpen bis ins Jahr 2010 verdoppeln wird. Bei einer Übernahme der EG-Regelungen ohne Neat-Bau würde sich die transportierte Strassentonnage bis ins Jahr 2010 sogar verzwanzigfachen. Im Falle des Neat-Baus nimmt der Verkehr gemäss denselben Berechnungen zwar ebenfalls zu, aber beträchtlich geringer. Ein beachtlicher Teil dieses Strassenverkehrs würde auf die Schiene verlagert. Dazu kämen auch viele 40-Tonnen-Lastwagen, die heute den ökologisch schlechteren Umweg über unsere Nachbarstaaten wählen.

Drittens decken Strassen Transporte nicht die verursachten Kosten. Berechnungen der EG haben ergeben, dass mindestens eine Vervierfachung des Benzinpreises notwendig wäre, um alle anfallenden Kosten, vor allem auch ökologischer Art, einigermaßen decken zu können. Sobald Einigkeit bei der Staatengemeinschaft besteht, über den Ben-

zinpreis graduell Strassen- und Lufttransporte zu verteuern und kostendeckend zu machen, wird die Notwendigkeit und Attraktivität einer Neat um so spürbarer.

Akuter Handlungsbedarf

Wie immer auch die Abstimmung am kommenden

27. September ausgehen wird, mit oder ohne EWR-Vertrag bleibt die Schweiz nicht vor einem enorm steigenden Verkehrsaufkommen verschont. Ein akuter Handlungsbedarf besteht somit für alle europapolitischen Szenarien. Sei dies über eine graduell ansteigende Erhöhung des Benzinpreises, den Bau der Neat oder beides! □

FDP-Position

FDP-Fraktion klar hinter EWR-Vertrag

Das EWR-Abkommen mit dem Abstimmungsdatum, der Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft sowie die Eurolex-Bundesbeschlüsse standen im Zentrum der Sitzung der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung. Um die Ansichten der Kantone in die Meinungsbildung im Hinblick auf die kommende Sondersession einzubeziehen, hatte die FDP-Fraktion auch die freisinnigen Regierungsräte und kantonalen Ratspräsidenten an ihre Sitzung eingeladen.

Nach intensiven Debatten sprach sich die FDP-Fraktion mit grosser Mehrheit für das EWR-Abkommen aus. In Erwägung aller Chancen und Risiken überwog die Meinung, dass die Mitwirkung im Europäischen Wirtschaftsraum in der Schweiz Wachstumsimpulse auslöst, den weiteren Verlust an Arbeitsplätzen verhindert und die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft stärkt.

Nicht künstliche Grenzziehung kann den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern den bisherigen Wohlstand erhalten, sondern Öffnung. Durch einen Alleingang würde der Schweiz grosser wirtschaftlicher Schaden erwachsen. Mit dem EWR-Vertrag hat die Schweizer Wirtschaft die einmalige Chance, im ganzen europäischen Raum aktiv zu werden, ohne EWR-Vertrag wird sie unweigerlich diskriminiert. Die FDP-Fraktion betont, dass eine gesunde Schweizer Wirtschaft die Voraussetzung ist für eine aktive Landwirtschaftspolitik und positive Auswirkungen bis in kleine Gewerbebetriebe hat.

Die freisinnigen National- und Ständeräte halten fest,

dass der EWR-Vertrag die wichtigsten politischen Eigenarten unseres Landes – direkte Demokratie, föderalistische Struktur und dauernde Neutralität – nicht berührt. Die schweizerische Mitarbeit im Rahmen des EWR-Vertrages trägt jedoch zur Festigung friedlicher Beziehungen in Europa bei und fördert die föderalistischen, demokratischen und liberalen Kräfte.

Bezüglich des Abstimmungsdatums möchte eine Mehrheit der FDP-Fraktion am 6. Dezember 1992 festhalten und eine Verschiebung nur dann zulassen, wenn die Beratungen nicht rechtzeitig abgeschlossen werden können.

Die FDP-Fraktion befasste sich auch mit dem Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft. Sie möchte den Bericht in der Sondersession beraten. Dies bedeutet keine Zustimmung zur bundesrätlichen Marschrichtung. Die FDP-Fraktion weist jedoch nochmals ausdrücklich darauf hin, dass es sich beim EWR-Vertrag und bei der Integrationsfrage um zwei verschiedene Geschäfte handelt, über die das Volk einzeln befinden kann.

Die Eurolex-Bundesbeschlüsse, insbesondere die Frage des Referendums, bilden einen weiteren Diskussionspunkt. Die FDP-Fraktion sprach sich klar dafür aus, das Referendumsrecht beizubehalten.

Die FDP-Fraktion tagte unter dem Vorsitz von Fraktionspräsident Nationalrat Pascal Couchepin (VS) und im Beisein der Bundesräte Jean-Pascal Delamuraz und Kaspar Villiger sowie Bundeskanzler François Couchepin. □

Entwicklung des Alpentransits im Güterverkehr (inkl. Transit-, Import-, Export- und Binnenverkehr)

	1984	1989
Alpentransit (Mio. t)	53.43	72.88
auf der Schiene (in %)	49.0	44.3
auf der Strasse (in %)	51.0	55.7
Auf der Schiene (Mio. t)	27.63	32.28
durch die Schweiz (in %)	53.0	58.2
durch Österreich (in %)	15.2	15.4
durch Frankreich (in %)	31.8	26.4
Auf der Strasse (Mio. t)	28.8	40.6
durch die Schweiz (in %) ¹	8.3	9.8
durch Österreich (in %) ²	46.8	38.9
durch Frankreich (in %) ³	44.9	51.3

¹ GROSSER ST. BERNHARD, SIMPLON, GOTTHARD, SAN BERNARDINO

² BRENNER

³ MT-CENIS/FRÉJUS, MONTBLANC

Quelle: Dienst für Gesamtverkehrsfragen des EVED

Algernon Sidney: Englands frühliberaler heroischer Republikaner

Sein Hauptwerk «Discourses concerning Government» war neben jenem von John Locke die wichtigste Inspiration der amerikanischen Revolutionäre. Algernon Sidney: ein Verfechter der Idee der Gewaltenteilung.

Andreas
K. Winterberger

Bei Algernon Sidney (1623–1683) verknüpfen sich persönliches Leben, politisches Engagement und Denken fast untrennbar ineinander. Obwohl von bedeutender adeliger Herkunft, stritt der Porträtierte als führender Parlamentarier der Old Whigs (Frühliberalen) für die Republik. Als Cromwell tyrannische Ziele verfolgte, hielt Sidney die Idee der Freiheit hoch und distanzierte sich von diesem.

Als die Monarchie zurückkehrte und König Charles II. restaurative reaktionäre Ziele nach französischem Vorbild (Absolutismus) durchzusetzen versuchte, flohen John Locke und Algernon Sidney ins Ausland. Während langer Emigrationsjahre in Holland, Italien und Frankreich schrieb der von royalistischen Agenten verfolgte an seinem voluminösen philosophischen Hauptwerk «Discourses concerning Government», das er nach seiner Rückkehr in Grossbritannien überarbeiten und beenden wollte.

Am 26. Juni 1683 wurde er aber verhaftet und in einem Schauprozess, der geltende rechtsstaatliche Regeln massiv verletzte, zum Tode verurteilt. Am 7. Dezember 1683 wurde Sidney geköpft. Seine mutige, unbeugsame Todesrede, ein Triumph freien Geistes, zirkulierte danach als eine Art «Samisdat» im Königreich und trug entscheidend zum Entstehen des im 18. und 19. Jahrhundert weit verbreiteten «Mythos Sidney» bei.

Sein Opus magnum, von der Anklage im «Verratsprozess» gegen ihn verwendet, blieb Fragment, wurde aber dennoch postum zum politischen Klassiker, der Thomas Jefferson, James Madison und zahl-

reiche andere amerikanische revolutionäre Denker neben John Lockes «Two Treatises of Government» am nachhaltigsten geprägt hat. Lange vergriffen, hat LibertyClassics in den USA eine kritisch überarbeitete Studienausgabe herausgebracht, die die Modernität des Denkers beweist. Der Leser erkennt, dass die von heutigen liberalen und konservativen Republikanern verwendeten Argumente für eine «civil society» mit starker Partizipation der Bürger eigentlich uralt sind. Doch schon Adam Smith hat auf deren Limiten hingewiesen.

Der Aufbau des Werks

Das Werk stellt wie John Lockes später entstandenes «First Treatise of Government» den gelungenen Versuch dar, aus der Sicht eines radikalen Whig die im staatsphilosophischen Schlüsselwerk der damaligen Tories, in Sir Robert Filmers «Patriarcha», enthaltene Apologetik des königlichen Absolutismus zu widerlegen und ihr die Grundlagen einer frühliberalen republikanischen Ordnung gegenüberzustellen.

Dabei geht er von Filmers programmatischer Dreiteilung des Werks aus («I. Die ersten Könige waren Familienväter. II. Es ist unnatürlich, dass das Volk regiert oder Regierende wählt. III. Positive Gesetze verletzen nicht die natürliche und väterliche Gewalt der Könige.») und stellt dieser sinngemäss folgende – unbetitelte – Gliederung gegenüber:

«I. Die väterliche Gewalt unterscheidet sich grundlegend von der politischen Gewalt. II. Das Volk wählt seine Regierenden auf Grund seines Naturrechts auf Freiheit. Jene Regierung, die mit starken populären Elementen versehen

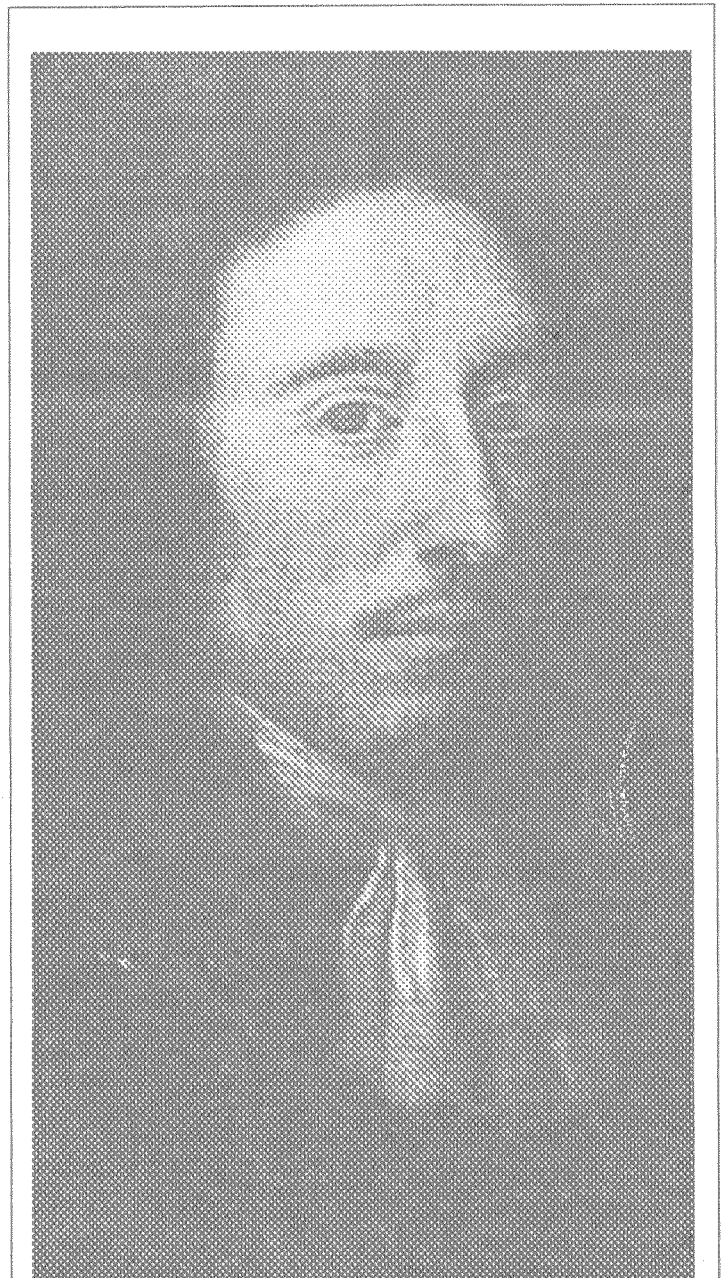
ist, ist am besten. III. Könige sind dem Recht völlig untergeordnet, was für England die Unterordnung unter das Parlament bedeutet.»

Sidney stützt sich in seiner Argumentation auch auf antike Klassiker und die Bibel sowie auf Geschichtskennnisse. Freie Völker wie die Griechen,

die Gallier, die Germanen hätten die Unterordnung unter einen allmächtigen Herrscher stets gefürchtet.

«Sie lassen sich nur von Gesetzen, die sie selber erlassen haben, regieren.»

Wie die grossen frühliberalen Juristen Englands lässt sich Sidney vom Römischen Recht



Algernon Sidney (1623–1683): dem Absolutismus stellte er eine frühliberale republikanische Ordnung gegenüber. In einem Schauprozess wurde er dafür zum Tode verurteilt und anschliessend geköpft.

«Wir suchen nicht nach Vollkommenheit, da wir nur zu gut wissen, dass diese in menschlichen Dingen nicht zu finden ist, sondern nach jener Verfassung, die von den geringsten oder entschuldigbarsten Unzulänglichkeiten begleitet ist.»

Algernon Sidney

beeinflussen, wenn er Titus Livius zustimmend zitiert:

«Die Herrschaft des Rechts war mächtiger als jene der Menschen.»

Er weist sich ständig als klarer Verfechter dieses sowie der übrigen Grundprinzipien des klassisch-liberalen Konstitutionalismus aus.

Freiheitsverständnis

Freiheit ist nach Sidney nicht unbegrenzt, sie ist «nicht mit der Liederlichkeit gleichzusetzen, das zu tun, was jedermann Freude macht, wider die Gesetze Gottes, sondern eine Befreiung von allen menschlichen Gesetzen, denen die Bürger nicht zugestimmt haben».

Wer wie Filmer «wider die öffentliche Freiheit» opponiere, «vernichtet die eigene und ist der rohesten aller Verrücktheiten schuldig, indem er sich selber das anmasst, was er allen anderen Menschen nicht zugestehen will».

Sidneys Freiheitsverständnis beschränkt sich im Unterschied zu jenem vieler Republikaner nicht nur auf den politischen Bereich, es ist umfassend: Er akzeptiert den gleichen Freiheitsanspruch aller Individuen wie Herbert Spencer und möchte die Freiheit wie F. A. von Hayek durch die «Rule of Law» (Herrschaft des Rechts) begrenzen.

Auch Könige sind nur Menschen: Die Annahme, sie verfügten über profunde Weisheit, wird anhand der von Nero und Caligula betriebenen Misswirtschaft eindrücklich widerlegt. Es gebe sowohl gute wie schlechte, weise wie närrische Herrscher.

Regierungsform

Die Notwendigkeit einer «gerechten Regierung» erfährt eine klassische Rechtfertigung: Auf Grund «allgemeinen Konsenses» soll die Freiheit der Individuen gesichert und Gewaltanwendung oder Betrug – aus denen sich kein Recht her-

leiten lasse – verhindert werden: Aufgaben, denen sich der Staat stellen muss.

Sidney skizziert die drei Regierungsformen Demokratie, Monarchie und Aristokratie kurz. Jahre vor Montesquieu's «De l'Esprit des Lois» meint er, der weiseste und weitaus grösste Teil der Menschheit habe nicht für eine reine, sondern gemischte Regierungsform optiert, in der ein Teil vorherrsche.

Macht

Der Unterschied zwischen der besten und der schlechtesten Regierung ist in der richtigen oder falschen Ausübung ihrer Macht zu sehen:

«Wenn die Menschen natürlicherweise frei sind, werden jene, die mit Weisheit und Intelligenz gesegnet sind, stets gute Regierungen bilden. Werden sie aber unter der Unvermeidlichkeit einer andauernden Sklaverei geboren, kann ihnen keine Weisheit nützen. Alle müssen ständig vom Willen ihrer Herren abhängen, wie grausam, verrückt, stolz oder verdorben diese auch immer sein werden.»

Jeder Mann sei gleichermaßen zur Teilnahme an der Macht berechtigt; die Frauen schliesst Sidney leider willentlich nicht ein.

«Wenn es einen Mann gäbe, der in bezug auf Weisheit, Tapferkeit, Gerechtigkeit und Reinheit alle anderen überragen würde, könnte er als König von Natur aus bezeichnet werden.»

Diese Charaktereigenschaften, zu denen der Autor noch Integrität, Fleiss, Erfahrung und Geschicklichkeit hinzufügt, seien für jene in militärischen und zivilen Angelegenheiten zuständigen Chefmagistraten erforderlich, die dem öffentlichen Wohl dienen und auf Grund dieser nicht einfach vererbaren Charaktereigenschaften über die ihnen gleich-

berechtigten Bürger befördert würden.

Integrität

Die Integrität der Führungselite darf sich nicht von irgendeiner Versuchung, einer Beachtung persönlicher Vorteile fehlleiten lassen. Thomas Hobbes' («Leviathan») Beschreibung des Naturzustands als «Krieg aller gegen alle», der erst durch die Errichtung des Staats beseitigt worden sei, stellt Sidney die Entgegnung gegenüber, die absolutistischen Ideen seien die Wurzel ständigen und unversöhnlichen Hasses eines jeden Mannes gegen jeden anderen. Dennoch ist sein Menschenbild skeptisch geprägt:

«Jeder Mensch trägt in seiner Brust Neigungen, Leidenschaften und Laster, die dem Ziel der Bildung eines gerechten Staats zuwiderlaufen.»

Der Staatsgewalt sollen durch das Recht Grenzen gesetzt werden, unabhängig davon, ob sie den Willen eines Einzelnen, einer Minderheit oder gar einer Mehrheit darstellt. Auch wird den Individuen grundsätzlich der Entscheid zur Nichtanerkennung des Gesellschaftsvertrags und Austritts aus der entsprechenden Gesellschaft zugestanden.

Wie selbst viele moderne Republikaner hat auch Sidney die Moral der Marktwirtschaft (der damaligen Handelsgesellschaft) nicht begriffen und sah im Reichtum von Individuen oder gar der Gesellschaft die Gefahr, ja die Ursache der Korruption beziehungsweise der Korruption eines ganzen Volkes. Er lehnte Grossgrundbesitz wie sogenannte Wucherzinsen unter Verweis auf frühromische Exempel ab.

Es ist ewiger republikanischer Dogmatismus, wenn er den Untergang des Römischen Reichs auf den verbreiteten «Luxus» zurückführt, der sozusagen zum Synonym von Korruption wird. Adam Smith hatte im Unterschied zu modernen Republikanern erkannt, dass das vielgelobte Milizprinzip in der Antike auf Sklaverei beruhte und in der Moderne seine Grenzen an der Staat, Gesellschaft und Wirtschaft umfassend verändernden Arbeitsteilung findet. Seine Analyse stützte sich auf die sich entwickelnde frühkapitalisti-



Andreas K. Winterberger

Geboren 1956, Schulen in Erlenbach, kantonale Handelsschule in Zürich (mit Diplomabschluss), bis Oktober 1986 Auslandredaktor der «Zürichsee-Zeitung». 1987 in der Presse-/PR-Abteilung einer Grossbank. Nach einer Weltreise, bei der unter anderem Kontakte mit klassisch-liberalen Wissenschaftlern, Think Tanks, Politikern und Verbänden namentlich in Australien und den USA geknüpft wurden, war er von November 1988 bis April 1990 Leiter der Stelle für Wirtschaft und Politik am Gottlieb-Duttweiler-Institut (GDI) in Rüslikon und gab die GDI-Sammelbände «Banken und Versicherungen: Vom Nebeneinander zum Gegeneinander?» (1989) sowie «Mehr Freizügigkeit bei der Zweiten Säule. Ist die Volkspension eine echte Alternative?» (1990) heraus. Seither arbeitet er als freier Journalist und schreibt an einem Buch über «Strömungen liberalen und liberären Denkens». □

sche «Commercial Society». Die sich daraus ergebenden politischen Folgerungen scheinen die modernen Republikaner immer noch nicht gezogen zu haben. Notwendig sind hierfür profunde ökonomische, politische, ethische, teilweise auch biologische und psychologische Kenntnisse statt wolkigen Moralismus, der sich oft aus purer Selbstgerechtigkeit speist und die Natur des Menschen sowie dessen Geschichte im guten wie im schlechten letztlich missachtet. □

Sechs Vorlagen – vier Themen

Am 27. September 1992 sind die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wiederum aufgerufen, über eine ganze Reihe eidgenössischer Vorlagen abzustimmen. Erstmals können auch rund eine halbe Million Auslandschweizer das briefliche Stimm- und Wahlrecht wahrnehmen.

Anna-Marie Kappeler

Worum geht es am 27. September? Die Stimmberechtigten werden sich mit sechs Vorlagen auseinandersetzen haben, da eine dieser Vorlagen, die Parlamentsreform, jedoch drei Gesetze betrifft, sind es am Ende eigentlich nur vier Themen. Allen Vorlagen gemeinsam ist, dass sie durch das Referendumsrecht vorkamen.

Alpentransitbeschluss

Gegen den Bau der neuen schweizerischen Eisenbahn-

Alpentransversale (Neat) haben mehrere Komitees aus unterschiedlichen Gründen das Referendum ergriffen, allen voran das grüne «Komitee gegen die Neat» und das durch Herrn Böhi gegründete und dem Autogewerbe nahestehende «Komitee Neat vor das Volk». Dennoch kam das Referendum – nach einigen Schwierigkeiten bei der Ermittlung der gültigen Unterschriften – nur mit der äusserst knappen Zahl von 50 051 Stimmen (erforderliches Quorum: 50 000) zustande.

Deutlich dagegen war zuvor der Entscheid in den eidgenös-



Ausgelöst haben die Parlamentsreform die beiden freisinnigen Ständeräte Gilles Petitpierre (GE, links) und René Rhinow (BL).

sischen Räten: Am 4. Oktober 1991 stimmte der Nationalrat mit 132 zu 42, der Ständerat mit 29 zu 11 dem Projekt Neat zu.

Viele gute Gründe sprechen für den Alpentransitbeschluss.

Zum einen ist die Neat das wirkungsvollste Umweltprojekt zugunsten des Alpenraumes. Die Neat bringt die Güter von rund vier Millionen Lastwagen pro Jahr auf die Schiene und verhindert einen 40-Tonnen-Korridor durch die Schweiz.

Die Neat macht die Bahn im Reisefernverkehr gegenüber dem Auto und dem Flugzeug konkurrenzfähiger. Sie entlastet aber auch das Strassennetz und kommt damit den Autofahrern zugute.

Zum anderen löst die Neat ein Investitionsvolumen von rund 15 Milliarden Franken aus. Davon profitieren in erster Linie Schweizer Unternehmen, Arbeitsplätze bleiben erhalten, neue Arbeitsplätze werden geschaffen.

Die linken Gegner der Vorlage kritisieren nicht eigentlich die Neat, sondern ganz allgemein die Zunahme des Verkehrsaufkommens. Dahinter steckt die Argumentation, dass neue Infrastrukturen zusätzlichen Verkehr schaffen. Die Infrastruktur soll daher nicht immer den Bedürfnissen der Nachfrage an-

gepasst werden. Kritisiert wird ferner, dass die Verlagerung des Strassenverkehrs auf die Schiene nicht erzwungen wird. Dem ist entgegenzuhalten, dass schon heute achtzig Prozent des alpenüberquerenden Transits durch die Schweiz auf der Schiene bewältigt werden, weil die Wettbewerbsfähigkeit der Strasse wegen der 28-Tonnen-Limite und des Nacht- und Sonntagsfahrverbots vermindert ist.

Die Gegner aus dem bürgerlichen Lager kritisieren in erster Linie die Kosten. Sie sprechen – fälschlicherweise – von 50 Milliarden. Die Neat kostet aber realistischere 14 Milliarden Franken. Diese Summe verteilt sich auf 15 Jahre.

Stempelsteuer

Eine gewichtige Vorlage liegt auch mit der Gesetzesrevision der Stempelsteuer vor. Auch hier geht es – wie bei der Neat – um die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Schweiz, die Materie allerdings ist abstrakter.

Stempelabgaben sind Steuern, die auf die Ausgabe und auf der Übertragung von Wertpapieren erhoben werden. Das Stempelgesetz kennt drei Arten: die Emissionsabgabe, die zum Beispiel bei Ausgabe von Aktien und Obligationen erhoben werden, ferner die Umsatzabgabe, die beim Kauf oder Verkauf solcher Titel zu entrichten ist, sowie schliess-

Die Neat ist auch finanziell zu verantworten

Ist die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) finanziell verantwortbar? Drei Kommissionen der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) haben sich dieser Frage gestellt und können sie positiv beantworten. Die Freisinnigen fordern jedoch ein von Bundesrat, Departement, Verwaltung und SBB unabhängiges Finanzcontrolling. Auch sollen sowohl Bau wie Finanzierung so etappiert werden, dass um die Jahrtausendwende aus der Kumulation von Nationalstrassenbau, Bahn 2000 und Neat keine übermässigen Finanzierungsspitzen entstehen.

Alle drei FDP-Kommissionen stellen sich hinter das Projekt Neat, da es einen Bestandteil des für die Schweiz günstigen Transitabkommens mit der EG bildet.

Die FDP-Kommissionen sind zur Auffassung gelangt, dass drei Viertel der Kosten über den Kapitalmarkt finanziert werden können. Ein Viertel soll als Darlehen aus der Treibstoffzollrückstellung entnommen werden, da wesentliche Projektteile der Umlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene dienen. Diese 25 Prozent sind aber gesetzeskonform zu verwenden.

Bei den drei FDP-Kommissionen handelt es sich um die Ad-hoc-Arbeitsgruppe «Neat-Finanzierung» unter dem Präsidium von Nationalrat Georg Stucky (ZG), um den Ausschuss für Finanz- und Steuerpolitik unter der Leitung von Nationalrätin Vreni Spoerry (ZH) und um den Ausschuss für Verkehrspolitik, dem alt Nationalrat Karl Weber (SZ) vorsteht. □

lich die Stempelabgabe auf Versicherungsprämien.

Das Problem ist nun, dass diese Stempelsteuer eine typisch schweizerische Erfindung ist, das heisst, die Stempelsteuer wird im Ausland nicht erhoben. Folge? Die stempelsteuerpflichtigen Geschäfte wandern ins Ausland ab, sind grösstenteils schon dort, die Schweiz ist in diesem Bereich nicht mehr konkurrenzfähig.

Nachdem der Souverän am 2. Juni 1991 das Finanzpaket, in das auch der Abbau der Stempelsteuer geschnürt gewesen war, verworfen hatte, verlangten zwei parlamentarische Initiativen die unverzügliche Revision des Stempelsteuergesetzes. Diese war im Abstimmungskampf praktisch unbestritten. Die eidgenössischen Räte sprachen sich daher klar für die Revision dieses Gesetzes aus. In der Folge ergriffen SPS und Gewerkschaften dagegen das Referendum. Ihre Gegnerschaft ist vor allem ideologischer Natur (gegen die Banken, gegen die Reichen).

Parlamentsreform

Gleich drei Gesetze sind bei der Parlamentsreform betroffen: das Geschäftsverkehrsgesetz, das Entschädigungsgesetz und das Infrastrukturgesetz.

Alle drei Revisionen haben die Professionalisierung der Parlamentsarbeit zum Ziel. Das Parlament soll auf die Gestaltung der Politik mehr Einfluss nehmen können. Dazu sollen die Führungsorgane des Parlaments gestärkt, ganz allgemein die Parlamentstätigkeit stärker geführt und geplant werden.

Im Geschäftsverkehrsgesetz werden Reformen des Kommissionensystems vorgeschlagen, die den Kommissionsmitgliedern eine Erhöhung ihrer Sachkompetenz ermöglichen. Ausserdem sollen die Reformen effizientere Arbeitsabläufe bringen.

Im Entschädigungsgesetz werden finanzielle Besserstellungen der Ratsmitglieder geregelt. Heute erhält ein Parlamentarier rund 75 000 Franken (Grundentschädigung, Infra-



Bereits im Juni hatte der freisinnige Presseverband zusammen mit Bundesrat Ogi eine kontradiktorische Veranstaltung über die Neat durchgeführt: Nationalrat Christian Wanner (FDP/SO); Direktor Heini Fischer, Astag; Paul Maximilian Müller, Swissair; Gesprächsleiter Hugo Schillenhalm; Bundesrat Ogi; Nationalrätin Verena Diener (GPS/ZH) und Dr. Hans Peter Fagagnini, Vizedirektor Bundesamt für Verkehr (von links). (Photos ruti)

strukturentscheidung und Taggeld). Nach der Reform sollen es rund 100 000 Franken sein. Vorgesehen ist neu ein Beitrag an die persönliche Vorsorge.

Das Infrastrukturgesetz schliesslich hält fest, dass jedem Ratsmitglied ein jährlicher Kredit zur Verfügung steht für die persönliche Unterstützung seiner Arbeit in wissenschaftlichen und administrativen Belangen.

Gegen diese dreifache Vorlage hat ein Komitee das Referendum ergriffen, das in diesen Reformen einen ersten Schritt zur Einführung eines Berufsparlaments sieht. Vor allem die Besserstellungen bei der Entschädigung und bei der Infrastruktur werden kritisiert.

Demgegenüber kann gesagt werden, dass die Schweiz noch immer eines der kostengünstigsten Parlamente der Welt unterhält, dass die politische Arbeit aber immer anspruchsvoller und intensiver geworden ist und noch wird und dass es sich heute fähige Leute ohne günstige Umstände oft schlicht nicht leisten können zu politisieren.

Bäuerliches Bodenrecht

Nach dreijährigem politischem Ringen wurde das Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) Ende 1991 verabschiedet. Das Gesetz sammelt verschiedene Bestimmungen über die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes. Gegenstand der Kritik sind allerdings die verstärkten Möglichkeiten, in die freie Verfügbarkeit über bäuerlichen Boden und damit in die Eigentumsfreiheit einzugreifen. Sowohl aus bäuerlichen wie aus nichtbäuerlichen Kreisen ist die Vorlage auf massiven Widerstand gestossen. Das Referendum kam denn auch mit über 60 000 Unterschriften zustande.

Der Zweckartikel des BGBB formuliert drei Ziele: Förderung des bäuerlichen Grundeigentums und Erhaltung der Familienbetriebe, Stärkung der Stellung des Selbstbewirtschafters beim Grundstückserwerb und die Bekämpfung übersetzter Preise. Besondere Probleme ergeben sich bei der Definition der Begriffe landwirtschaftliches Gewerbe (Problem der Nebenerwerbsbetriebe) und Selbstbewirtschaftler.

Beim Entscheid über das bäuerliche Bodenrecht stellt sich aber letztlich die grundsätzliche Frage nach den ordnungspolitischen Vorstellungen auch im Zusammenhang mit der Landwirtschaft. □

FDP-POSITIONEN

Grundsätzlich Ja

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) erachtet die Verdeutlichung des Wesens einer multifunktionalen Landwirtschaft in der Verfassung als sinnvoll. Sie befürwortet daher grundsätzlich die vorgeschlagene Änderung des Landwirtschaftsartikels in der Bundesverfassung. Wie der Bundesrat lehnt die FDP die Initiative des Schweizerischen Bauernverbandes «für eine umweltgerechte und leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft» ab. Sie erachtet die Bestimmungen des vorgeschlagenen Initiativtextes als zu restriktiv; sie würden eine Umorientierung der Landwirtschaft zu mehr Markt und Wettbewerb verunmöglichen. □

Milli Wittenwiler: «Viele Frauen unterschätzen sich.»

Wer Milli Wittenwiler besuchen will, muss einen Umweg machen. Ihre Wohnadresse verrät vieles: «Obere Egg, Heiterswil». Wer oben ankommt, ist sofort gefangen von Frau Wittenwilers Natürlichkeit und ihrer spritzigen Spontaneität, von ihrer Sachlichkeit und Liebesswürdigkeit und dann natürlich vom Panorama, das sich vom Stubenfenster aus als ständige Einlage beim Gespräch präsentiert.



Milli Wittenwiler: «Hauptsache soll sein, dass man sich für die Gemeinschaft einsetzt.»

Interview:
Marianne Krämer-Flury,
Frauenfeld

Frau Wittenwiler, ist Ihnen der politische Werdegang in die Wiege gelegt worden?

Sicherlich nicht in dem Sinne, dass ich zur Politikerin erzogen worden wäre. Ich bin in einer Bergbauernfamilie aufgewachsen. Freilich haben meine Eltern in verschiedenster Art und Weise der Öffentlichkeit gedient: in Vereinen, Verbänden, in der Kirchgemeinde und der Ortsgemeinde, aber nicht in eigentlichen politischen Ämtern. Das Engagement für die Gemeinschaft ist für mich dadurch schon immer eine Selbstverständlichkeit gewesen und muss meines Erachtens auch nicht in Form eines politischen Amtes geleistet werden. Hauptsache soll sein, dass man sich für die Gemeinschaft einsetzt.

Wie haben Sie den Zugang zur Politik gefunden?

Eigentlich durch Zufall. Solange unsere Kinder klein waren,

war ich ganz Hausfrau und Mutter. In dieser Zeit versah mein Mann verschiedene Ämter in Verbänden und in der Kirchgemeinde, und dadurch hatte ich einen gewissen Bekanntheitsgrad. 1972 wurde ich als einzige Vertreterin der

neuen Aussenschulen von Wattwil in die Kindergartenkommission vorgeschlagen und gewählt. Diese Tätigkeit machte mir grosse Freude, und ich lernte viel dabei. Vor allem habe ich gesehen, wie wichtig es ist, dass in den Kommissio-

nen auch «Direktbetroffene» sitzen. 1980 wurde ich dann als erste Frau in die Bäuerliche Bezirksvereinigung Neutogenburg gewählt, dann kam die Kandidatur für den Kantonsrat und später auch die Kandidatur für den Nationalrat.

Kurzbiographie

Nationalrätin Milli Wittenwiler

Milli Wittenwiler wuchs zusammen mit fünf Geschwistern auf dem elterlichen Hof in Ebnat-Kappel auf. Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte sie eine bäuerliche Haushaltungslehre mit Praktikum als Familienhelferin. Dann besuchte sie die sankt-gallische Bäuerinnerschule Custerhof und machte anschliessend ein Praktikum als Schwesternhilfe auf der Geburtsabteilung des Kreispitals Wattwil (und wäre dabei beinahe im Pflegeberuf hängengeblieben).

Heirat mit Bergbauer Hans Wittenwiler, Mutter von drei Söhnen und einer Tochter. Bewirtschaftet zusammen mit ihrem Mann einen

19-ha-Betrieb mit Alp. Bäuerinnendiplom. Mit ihrer Wahl in die Kindergartenkommission von Wattwil und ihrem Engagement als Prüfungsexpertin im sankt-gallischen Bäuerinnenverband begann ihre politische Karriere. Sie ist heute Präsidentin des sankt-gallischen Bäuerinnenverbandes, im Vorstand des Schweizerischen Landfrauenverbandes und seit kurzer Zeit Mitglied im leitenden Ausschuss der SAB (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete). War bis zu ihrer Wahl in den Nationalrat von 1984 bis 1991 Mitglied des Kantonsrates. Amte als Vor-mund einer taubstummen Frau. □

Was raten Sie einer Frau, die sich politisch engagieren will?

Sie soll den Mut haben, ein politisches Amt anzunehmen, auch dann, wenn es ihr im familiären Bereich organisatorisch auf den ersten Blick etwas Mühe macht. Natürlich muss ein solches Unternehmen partnerschaftlich abgesprochen werden, aber ich mache immer wieder die Erfahrung, dass sich viele Frauen unterschätzen und gar nicht wissen, wieviel sie können und wieviel Spielraum sie haben. Oft wird von den Frauen auch vergessen, dass man in ein Amt hineinwächst. Keinesfalls ist es so, dass ein Amt auf einen wartet.

Wie fühlt man sich als Bäuerin in der eidgenössischen FDP-Fraktion?

Erstens muss ich feststellen, dass ich in der Fraktion sehr gut aufgenommen worden bin.

Zweitens finde ich es wichtig, dass in der FDP-Fraktion auch Bauern sitzen. Die FDP als breitabgestützte Volkspartei kann davon nur profitieren. Gerade in der jetzigen politischen Situation (EWR-EG-Problematik) ist es wichtig, dass in dieser Fraktion auch Fachleute aus der Landwirtschaft an den Diskussionen teilnehmen und aus freisinniger Sicht ihren Standpunkt einbringen können. Das Gespräch zwischen den Industrie- und den Landwirtschaftsvertretern in diesem Kreis weckt Verständnis auf beiden Seiten und führt dann auch zu differenzierten Lösungsvorschlägen seitens des Freisinns.

Nationalrätin, Verbandspräsidentin, Bergbäuerin und Mutter: sind Sie arbeitswütig?

Nein, so kann man das nicht ausdrücken. Ich gebe zu, ich arbeite gerne, aber ich habe schon früh gelernt, meine Arbeit einzuteilen und Prioritäten zu setzen.

Wo tanken Sie neue Kräfte?

Hier zu Hause. Auch wenn mich hier bei meiner Rückkehr von Bern viel Arbeit erwartet, so beeinträchtigt dies keineswegs meine Freude. Die Ruhe hier oben, der Blick in die vertraute Landschaft und das Zusammensein mit meiner Familie erfüllen mich mit neuer Kraft.

Was sind Ihre politischen Schwerpunkte?

Landwirtschaftspolitik, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik.

Können Sie das etwas präzisieren?

Seit 1986 bin ich Präsidentin des St. Gallischen Bäuerinnenverbandes. Dieser Kantonalverband (mit etwa 7000 Mitgliedern) ist noch heute Träger der bäuerlich-hauswirtschaftlichen Ausbildung und Beratung im Kanton St. Gallen. Ich bin sehr stolz darauf, dass dieser Bildungs- und Beratungsauftrag nach wie vor in den Hän-

Persönlich

Milli Wittenwiler, haben Sie eine «politische» Kindheitserinnerung?

Oh ja! Die Abstimmungssonntage! Sie waren für mich und meine Geschwister wirkliche Festtage. Da durften wir unseren Vater zur Urne begleiten (bei uns nennt man das «urnen»), und hernach kehrten wir mit Vater im Wirtshaus ein; das war für uns Kinder immer ein Fest. Übrigens: ich kann mich gut erinnern, dass bei uns zu Hause jeweils die Mutter die Stimmzettel ausgefüllt hat!

Wo verbringen Sie Ihre Ferien?

Ehrlich gesagt, ich war noch nie in den Ferien. Ich nehme sie mir hier zu Hause stundenweise. Ich kann, wenn ich will, mich seelenruhig für ein-

zwei Stunden verabschieden, indem ich mich in ein Buch vertiefe (vorzugsweise in eine Reisebeschreibung), und wenn ich dann wieder «zurückkomme», habe ich das Gefühl, von weither zurückzukehren. Ich lese liebend gern.

Hatten Sie als Kind einen Wunschtraum?

Ja. Ich wollte einen schwarzen Hengst und einen weisen Mercedes mein eigen nennen. Heute wünschte ich mir, so viel Geld zur Verfügung zu haben, um eine Studie in Auftrag geben zu können, die aufzeigen würde, wieviel gemeinwirtschaftliche Leistungen die schweizerische Landwirtschaft erbringt und immer schon erbracht hat. Man könnte dann auch mal vom Nutzen und nicht nur

immer von den Kosten unserer Landwirtschaft sprechen.

Was macht Sie zornig?

Ich ärgere mich über Leute, die nur mit dem Mund kritisieren und selber nichts zum Besseren tun.

Was bereitet Ihnen besondere Freude?

Einem Mitmenschen Freude zu bereiten.

Welches ist Ihre Lieblingsblume?

Der Frauenschuh.

Was fasziniert Sie am/im Bundeshaus?

Die Sauberkeit in den riesigen Gängen. Ich möchte da einen Dank an die emsigen Damen und Herren vom Putzdienst im Bundeshaus abstaten.

Was ist Ihr Liebessessen?

Wild aus einheimischer Jagd mit Beilagen. □

den dieses Berufsverbandes liegt, zumal wir sehr erfolgreich sind. Wir haben auch für das Jahr 1992/93 mehr Lehrabschlussverträge für diesen Ausbildungsgang abschliessen können als in jedem vergleichbaren Kanton, wo dieses Mandat staatlichen Stellen überantwortet ist. Wir bilden junge

Frauen aus, die mit ihrem Wissen und Können im Landwirtschaftsbetrieb und in der bäuerlichen Familie und damit auch im sozialen Bereich «ihre Frau» stellen können. Aus eigener Erfahrung und aus der Verbandsarbeit heraus habe ich mich schon im Kantonsrat für die Sache der Familien-,

Bildungs- und Sozialpolitik engagiert. Diese Bereiche sind für mich auch auf eidgenössischer Ebene wichtig.

Was sagen Sie zum Thema Frauenpolitik – zu den Feministinnen?

Für die Frauenpolitik, wie sie von den Feministinnen verstanden wird, habe ich nicht viel Verständnis. Im bäuerlichen Betrieb steht an oberster Stelle das Interesse, die gemeinsame Existenz zu erhalten. Das erfordert auch eine gemeinsame Politik zwischen Frau und Mann innerhalb des Betriebes. Von da her gesehen ist für mich die gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Frau und Mann eine Selbstverständlichkeit.

Die Feministinnen haben mit ihren Anliegen dafür gesorgt, dass die partnerschaftliche Selbstverständlichkeit in breite Volksschichten getragen wurde und dass wir Frauen gesamthaft gesehen da stehen, wo wir hingehören, nämlich auf das gemeinsame Parkett, um mit den Männern die Politik unseres Staates mitzutragen und mitzugestalten. Ich habe kein Verständnis dafür, dass Feministinnen dieses Parkett um alles in der Welt in schwarze und weisse Felder einteilen und das Ganze zu einem Schachspiel zwischen Frauen und Männern ausgestalten. □



Milli Wittenwiler: «Ich gebe zu, ich arbeite gerne.»

Repression allein wirksam

«Repression hat versagt» – «Ja zum staatlichen Drogenmonopol»: Diese zwei Gedanken verraten, dass der Präsident der Jungliberalen des Kantons Luzern, Peter Burkhardt (siehe «Freisinn» Nr. 6/Juni 1992), die Hirnwäsche der Linken durchgemacht hat. Das ist kein Vorwurf, denn die Deutschschweizer Massenmedien lassen nicht erkennen, dass das, was sie über Drogen am laufenden Band berichten, einer linksextremen Mentalität entspricht.

Wissenschaft und Erfahrung sprechen eine andere Wahrheit: Jeder Preiserfall bei Suchtmitteln erleichtert und vergrössert die Ausbreitung der Sucht: Crack ist in Harlem zu Billigpreisen und auf offener Strasse zu haben, und gerade deshalb grassieren in diesem Stadtviertel New Yorks die Verbrechen, Brände, Krankheiten... Jedes fünfte Neugeborene ist ein Crack-Entzugs-Baby! Wer die Gesetze der Sucht versucht mit den Gesetzen des Marktes zu verschlei-

ern, hilft den (linken) Promotoren der Suchtkultur; denn die marktmässig freieste Sucht produziert Suchtelend en gros!

Es ist der Linken gelungen, die einzig wirksamen Massnahmen gegen die Suchtausbreitung – Repression auf allen Geleisen – geradezu als die Ursache des Suchtelends darzustellen. Die Linken agieren derart öffentlich und extrem, dass sie von «gesundem Stoff» reden oder von der «Ver-teufelung» der Suchtmittel. Zuverlässige Wissenschaftler aus aller Welt wissen, dass es die Drogen selbst sind, welche den Süchtigen verblöden, verkommen und vergammeln lassen: Die staatliche Heroinausteilung hat in den USA wie in Grossbritannien (1959–1964) und in Schweden (1965–1967) zu einer Verschärfung des Elends und einer Zunahme der Kriminalität geführt: in Schweden mit nur zwei Jahren Heroinausteilung eine Verbrechenszunahme auf das Doppelte! Die Linke aber schlachtet die «Beschaffungs»-Krimi-

nalität aus, um damit die Drogenausgabe zu unterstützen.

Je mehr die Liberalisierung bei uns fortschritt, desto höher die Elendsrate mit Atem-lähmungen. Die Holländer haben für Europa die liberalsten Verhältnisse. Und sie haben auch die höchste Kriminalität. Während ein progressiv beeinflusster Professor F. van der Linde (Präventivmediziner Kanton St. Gallen und zugleich Präsident der Eidgenössischen Subkommission für Drogen) uns die schwedische Repression vorenthalten will (wir wären anders als die Schweden) und uns Holland als Anschauungsmodell empfiehlt, hat der Regierungschef von Holland für den holländischen «Drogendreck» ganz andere Worte. Ruud Lubbers sagte: «Unser Land ist krank.»

Dass die Repression das Elend verursachen würde, lässt sich sehr einfach als Lüge entlarven: Alle umliegenden Staaten haben ruhigere Drogenverhältnisse – weil sie alle repressiv sind. Staatliche Dro-

genauseilungen dagegen haben in Grossbritannien wie in Schweden der Schwarzmarktausdehnung nicht geschadet.

Gegenwärtig läuft eine grosse konzertierte Suchtmittel-Ausbreitungskampagne in allen Massenmedien. Experten, die dabei zu Worte kommen, sind vorwiegend linksextreme «Drogenfachleute» und Süchtige selbst! Sogar geheilte Süchtige sind dabei meistens verpönt! Der Verband der Schweizerischen Drogenfachleute ist mitnichten ein Fachverband, sondern ein agitierender Stosstrupp progressiver Leute, die, den Statuten (Art. 2 a) gehorchend, sich für die Drogenfreigabe und völlige Entkriminalisierung einzusetzen haben. Im Moment bemühen sich etwa zehn linke Vereinigungen für die Drogenfreigabe!

Die Bürgerlichen sind aufgerufen, ihre Kritik walten zu lassen.

*Dr. med. Walter Fischbacher,
St. Gallen*

EWR – Nichts Neues unter der Sonne

Etwas Falsches wird nicht richtig, weil man es immer wieder erzählt. Sven Bradke zieht wie verschiedene Artikelschreiber vor ihm den sehr hinkenden Vergleich zwischen der heutigen politischen und wirtschaftlichen Integration in Europa

und dem Entstehen des «Binnenmarktes Schweiz» in den Jahren 1848 und 1874. Unzulässig ist der Vergleich insbesondere wegen der Grössenordnung der involvierten Bevölkerungszahlen und des jeweiligen Resultats des Integrationsprozesses. Bei der Schweiz resultierte ein kleiner und überblickbarer Bundesstaat mit einer föderalistischen Entscheidungsstruktur mit einem Zweikammernparlament. Bei der EG sehen wir heute eine gigantische Struktur mit einem zentralistischen Entscheidungsprozess, bei welchem das Parlament Folklore ist ohne praktische Entscheidungskompetenz. Die allmächtige EG-Kommission entwickelt die Vorlagen, die dann vom Ministerrat (mit Stimmenverteilung nach der Grösse der Länder) abgesehnet werden.

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erbbaingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition 1892 – 1992



Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Das ist, denn auch Ihre Seite. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beitragen meinen was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Beiträge im «Freisinn» werden gelesen, in der Verwaltung, von Politikern. Öfters schon hat sich via Parteizeitung ein freisinniger Brief-

wechsel über die Kantons-grenzen hinweg entwickelt. Die Auflage beträgt immerhin stolze 80 000! – Noch etwas Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. □

Wie man notfalls unter Verletzung elementarer Rechtsprinzipien in den wenigen Fällen mit geforderter Einstimmigkeit handelt, zeigt die Reaktion der Mächtigen in der EG auf das Referendum der Dänen. Was nützt das neue Schlagwort «Subsidiarität», wenn die EG-Kommission bestimmt, was subsidiär zu behandeln ist (siehe neuester Fall Nestlé)?

Ein Vergleich mit der Schweiz ist also fehl am Platz.

Herr Delors, dessen Amtszeit kürzlich verlängert wurde, wird dafür sorgen, dass mittelfristig in der EG der Föderalismus nicht um sich greift. Deshalb besteht auch für die Schweiz keinerlei Eile, auf den nächsten EG-Erweiterungszug aufzuspringen. Die Vorstellung, die Schweiz könne mit ihrem Beitritt die EG föderalistisch machen, ist zugleich überheblich und realitätsfremd.

H. W. Kreis, Oberägeri

EWR oder EG: «Surtout pas trop de zèle»

Wer für den EWR eintritt, hat Grund zur Sorge. Bundesrat und viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier betrachten den EWR-Vertrag nur als Übergangsphase bis zu einem vollen EG-Beitritt. Damit bringen sie das Vertragswerk in der Volksabstimmung vom Jahresende in Gefahr.

Durch das deklarierte Ziel eines EG-Beitritts werden all jene, etwa die Bauern, vor den Kopf gestossen, die sich zwar für den EWR erwärmen können, den EG-Beitritt jedoch strikte ablehnen. Solche «Hier-Ja-dort-Nein-Sager» werden dazu verleitet, auch einen Beitritt zum EWR mit der Angstparole «Wehret den Anfängen» in der Volksabstimmung bachab zu schicken. Diese Kreise könnten, auch wegen des Ständemehrs, die kritische Masse bilden. Eine ungewollte Umfunktionierung also der EWR-Abstimmung in eine EG-Auseinandersetzung. Von den Gruppen andererseits, die den Schritt in die EG lieber direkt und ohne «Umweg» über den EWR getan hätten, geht für die EWR-Abstimmung kaum eine Gefahr aus. Sie werden im eigenen Interesse

trotzdem für den EWR stimmen. Eine Ablehnung würde einen Schlag für ihre eigene Präferenz bedeuten.

Nun kann aber der Entscheid über das Ziel «EG-Beitritt» vernünftigerweise heute noch gar nicht getroffen werden. Dies aus drei Gründen. Zum ersten: Ob der EWR-Vertrag wegen seiner institutionellen Mängel tatsächlich für unser Land untragbar und unwürdig ist, wird erst die Erfahrung zeigen. Die im Teil VII des Vertrags festgelegten Konsultations-, Informations- und Schutzmechanismen könnten sich, im Vergleich mit den Rechten eines EG-Vollmitgliedes, in der Praxis als gar nicht so schmalbrüstig erweisen. Auch innerhalb der EG wird sich ein Kleinstaat ja kaum auf Machtpositionen berufen können. Er kann, gleich wie im EWR-Konsultationsverfahren, nur mit Argumenten kämpfen. Zum zweiten ist der EG-Beitrittsvertrag noch nicht ausgehandelt, sind die Beitrittsbedingungen also unbekannt. Zum dritten kennen wir auch den zukünftigen Charakter der sich in voller Entwicklung befindenden Gemeinschaft selbst nicht,

der wir uns in einigen Jahren allenfalls zugesellen sollen. Zu denken ist etwa an das Stichwort Subsidiarität.

Soll der EWR-Vertrag durch die Volksabstimmung gebracht werden, so bedarf es dringend einer Korrektur der bundesrätlichen EG-Zielsetzung durch die eidgenössischen Räte. Ein Volks-Nein zum EWR-Vertrag wäre wahrscheinlich weniger Herr Blocher als jenen Parlamentarierinnen und Parlamentariern zuzuschreiben, die trotz noch ausstehenden Entscheidungsgrundlagen heute schon, quasi blanko, auf die EG-Linie einschwenken. Der bundesrätliche Antrag zur Eröffnung von EG-Beitrittsverhandlungen ist dem Volk nicht als grosser historischer Schritt hin zur EG-Vollmitgliedschaft, sondern lediglich als eine Auslotung späterer Beitrittsbedingungen zu erklären. Der EWR-Vertrag als Dauerlösung darf nicht nur ein unpraktikables Gedankenspiel darstellen, sondern muss als von der obersten Instanz unseres Landes ins Auge gefasste reale politische Option offenbleiben.

*Dr. Oswald Aeppli,
Küsnacht*



Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

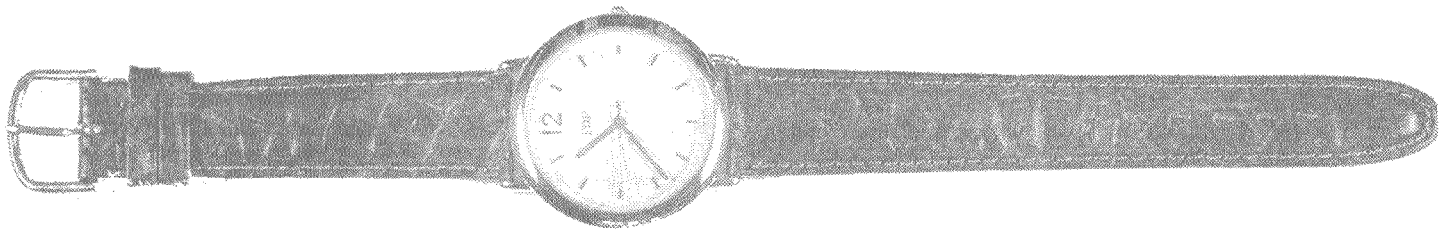
Inseraten-Verwaltung:

Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–



Es ist FDP-Zeit

Neu bei uns eingetroffen ist eine beschränkte Anzahl FDP-Uhren. Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quartzwerk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Zifferblatt-Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Garantie Fashion Time.

Talon

Ich bestelle zum Preis von Fr. 98.– (plus Porto und Verpackung):

— Ex. FDP-Uhr

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern (Fax [031] 21 19 51).

Mutzli

«Wir alle haben ja noch den Aussenwirtschaftsbericht im Ohr», meinte bildlich der Solothurner FDP-Ständerat Rolf Büttiker. Ob das den Parlamentariern wohl gut bekommt, die ja «das Ohr am Volk» haben sollten?

«Wir wollen heute ja alle geschlechtsneutral sein», meinte in der AHV-Debatte der St. Galler Ständerat Ernst Rüesch (FDP) mit Blick auf die überangenen Hausmänner.

Ständerat Hans Jörg Huber (CVP/AG) verglich (und relativierte damit) die Legislaturplanung mit den Parteiprogrammen. «Es gibt sie; es braucht sie; niemand kennt sie; jedermann vergisst sie.»

«Ohne das Schmieröl der Bundessubventionen läuft nichts in diesem Staat», registrierte Ständerat Willy Loretan (FDP/AG).

«Ausnahmsweise befindet sich der Bundesrat in einer wenig

komfortablen Situation», stellte EYPD-Chef Arnold Koller zum Dauerthema Fichen bzw. «Einsicht in die Akten der Bundesanwaltschaft» fest... und provozierte damit Schmunzeln bei den Parlamentariern, bei Otto Schoch (FDP/AR) einen Kommentar: «Das ist doch wohl beim Bundesrat eher die Regel...»

«Ich stelle oft auch leere Plätze fest in diesem Hause», wollte Ratspräsidentin Josi Meier (CVP/LU) vermitteln in einem freisinnigen Zahlenstreit zwischen Kommissionspräsident Fridolin Schiesser (GL) und Ernst Rüesch (SG) über das Mass der seinerzeitigen ständerätlichen Zustimmung zur Art der Ficheneinsicht. Mit ihrem prompt notwendig gewordenen Stichentscheid musste sie dann aber eingestehen, dass die Meinungen im Rate durchaus geteilt sind...

Monika Weber (LdU/ZH) mokierte sich über die gespaltene FDP-Fraktion, was deren Chef Otto Schoch (AR) zur Bemerkung veranlasste: «Die innerfraktionelle Selbstzerfleischung ist keineswegs Landesringtypisch!»

Als eine Tribünenbesucherin gestandenen Alters der kleinen Kammer von oben herab eine biblische Lektion erteilen wollte, ging Ständeratspräsidentin Josi Meier (CVP/LU) mit der knappen, an die Tribünenbesucher gerichteten Erklärung zur Tagesordnung über: «An den Beratungen wird nur teilgenommen, wenn Ihnen die Präsidentin das Wort erteilt.»

Der Berner SVP-Ständerat Ulrich Zimmerli bezeichnete im Zusammenhang mit der Waffenplatzinitiative die Volksinitiative als «säkularisierte Gottesurteile» und meinte, die Unterzeichner des rechtlich umstrittenen Volksbegehrens hätten «ihrem Wunsch nach Missbrauch mit ihrer Unterschrift Nachdruck verliehen». Allmählich werde die Schweiz in der Staatengemeinschaft zu einem «direkt-demokratischen Sicherheitsrisiko».

In der Diskussion über das neue Armeeleitbild wollte der

baselstädtische Sozialdemokrat Gian-Reto Plattner bewusst einen Kontrapunkt setzen: «Wir sind uns als Basler gewohnt, als Exoten oder Vordenker aufzutreten.»

F/A-18- («Hornisse»-)Gegner Fridolin Schiesser (FDP, GL) erschien mit einer furchterregenden Stichwunde auf der Stirn zur letzten Sessionswoche. «Wespenstich», lautete sein lakonischer Kommentar. War es wohl nicht eher eine Hornisse, fragten sich seine Fraktionskollegen.

«Ich kann allem widerstehen, nur nicht der Versuchung», sinnierte Ständeratspräsidentin Josi Meier (CVP/LU).

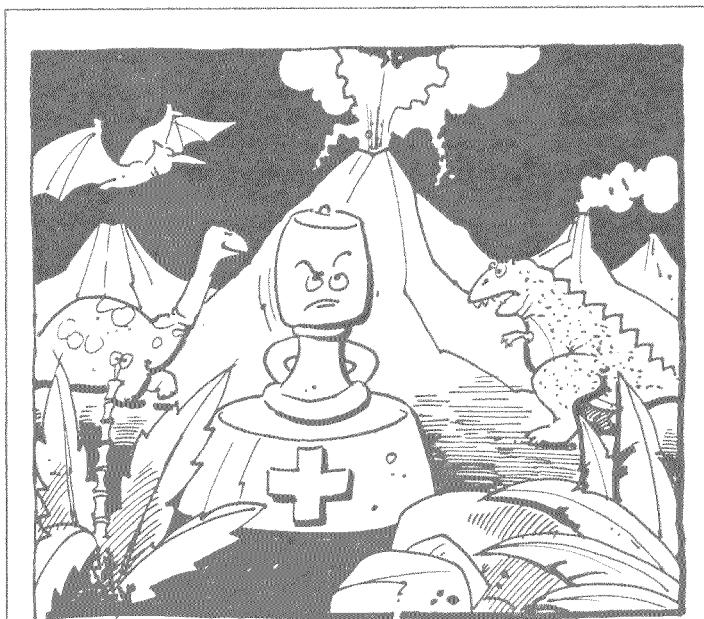
Das Botta-Model eines neuen Bundeshauses am Aare-Hang habe er als nicht gut beurteilt, meinte Finanzminister Otto Stich in der Debatte um das finanzpolitische Sanierungsprogramm: «Das Dach hätte begründet sein müssen, damit es wenigstens nicht klingelt, wenn Sie das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinauswerfen!»

Zur vorgeschlagenen Änderung des Getreidegesetzes meinte der Schaffhauser Standesvertreter Bernhard Seiler (SVP) in Anbetracht der erst ein Jahr zurückliegenden Revision des gleichen Gesetzes: «Wir ändern die Gesetze so rasch, wie wir die Hemden wechseln.»

Ständerat Hans-Jörg Huber (CVP, AG) meinte: «Die Geschäftsberichte sind die Friedhöfe für die parlamentarischen Vorstösse – ohne jede Hoffnung auf Auferstehung.»

Ständerat Bruno Frick (CVP/SZ) bezeichnete die Ausgabenbremse als «Sauermost», um fortzufahren: «Aus Sauermost wird nie Wein, auch wenn sie ihn noch so lange kelteren.»

Bruno Frick (CVP, SZ) kritisierte die wenigen durch die Ersatzrichter am Bundesgericht bearbeiteten Fälle: «Der Titel eines Bundesrichters ist offenbar weit attraktiver als die damit verbundene Arbeit.»



Die Stempelsteuer, ein Überbleibsel aus der Urzeit

Die Stempelsteuer ist ein Überbleibsel aus vergangenen Jahrhunderten. Der Staat belastet damit Wertpapiergeschäfte. Heute aber ist diese Sondersteuer überholt. Im Ausland ist sie aufgehoben worden. Nach jahrelangen Diskussionen hat unser Parlament die Revision der Stempelsteuer beschlossen. Sie bringt Entlastungen für die Kunden unserer Banken und sichert

dem Bund solidere Einnahmen. Sie verbessert die Konkurrenzfähigkeit unseres Finanzplatzes und unterbindet die weitere Abwanderung von stempelbelasteten Geschäften ins Ausland. Zum Wohle unserer Wirtschaft. Der Abbau der Stempelsteuer stärkt die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz und wahrt unseren Wohlstand. Darum:

Ja zur Stempelsteuer-Revision!

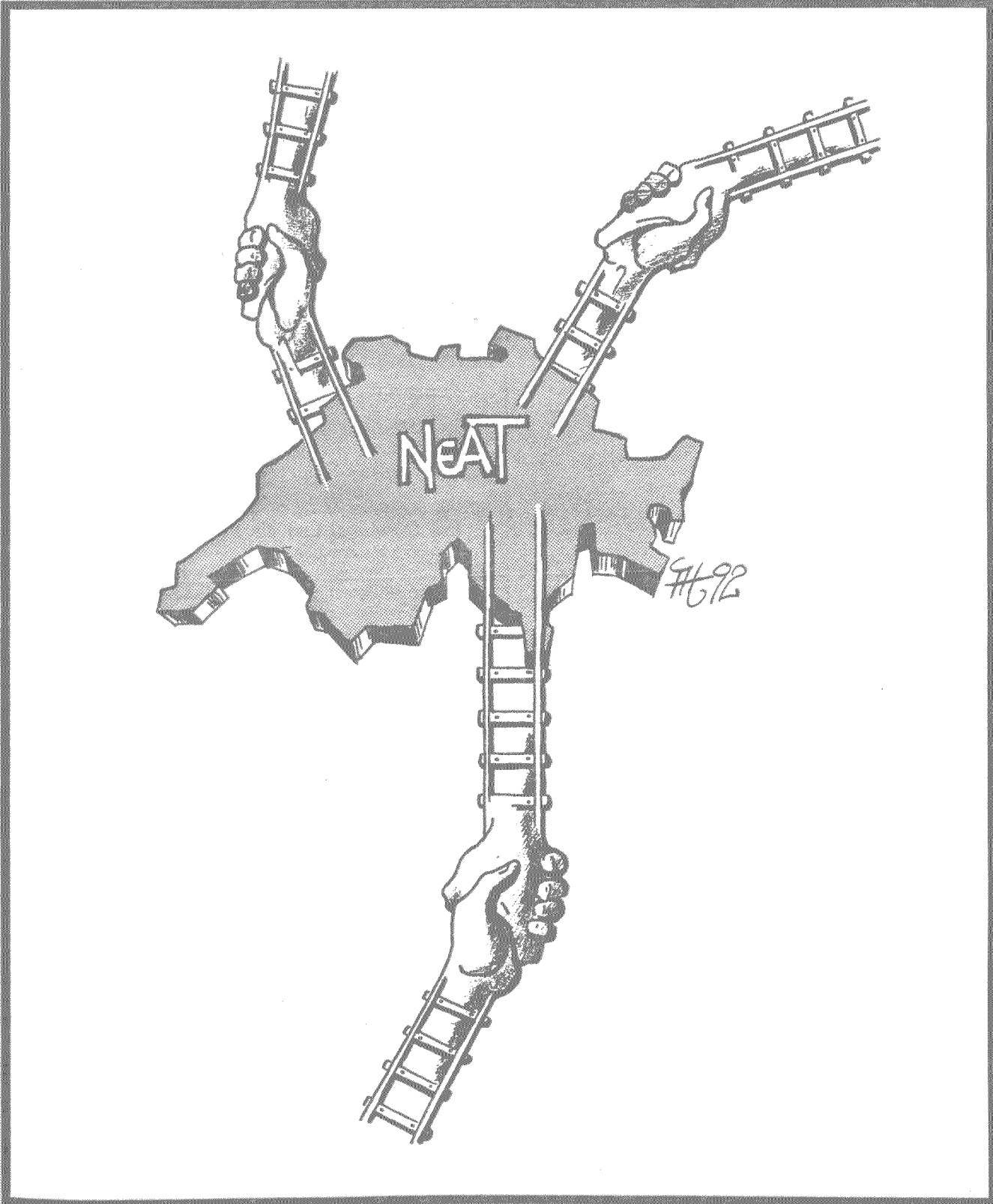
KOMITEE FÜR EINE KONKURRENZFÄHIGE SCHWEIZ

Dr. h.c. P. Arnold, a. Verw. Präs. Migros · M.C. Cappis, Präs. ASM

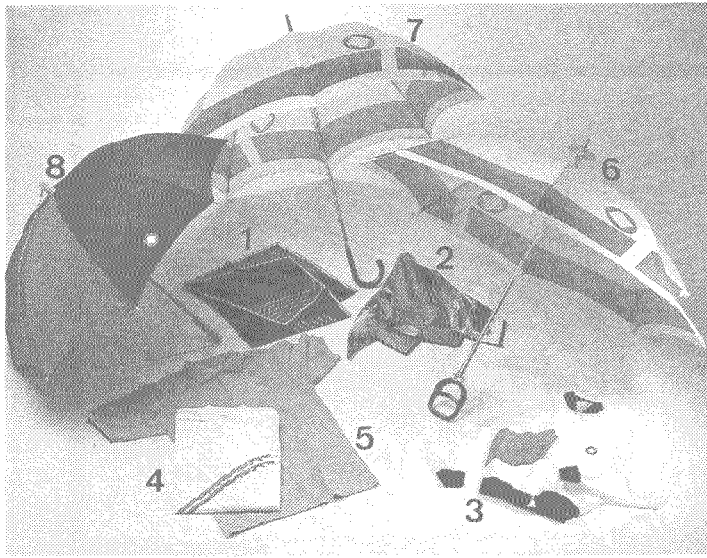
Dr. H. Goetz, VR-Präs. Swissair · Dr. A. Leuenberger, Präs. SGCI

D. de Pury, VR-Präs. BBC · P. Somaini, Dir. Pharmaton S.A.

Dr. P. Spälti, VR-Präs. Winterthur Vers. · Dr. L.E. Vannotti, KL-Präs. Ascom AG

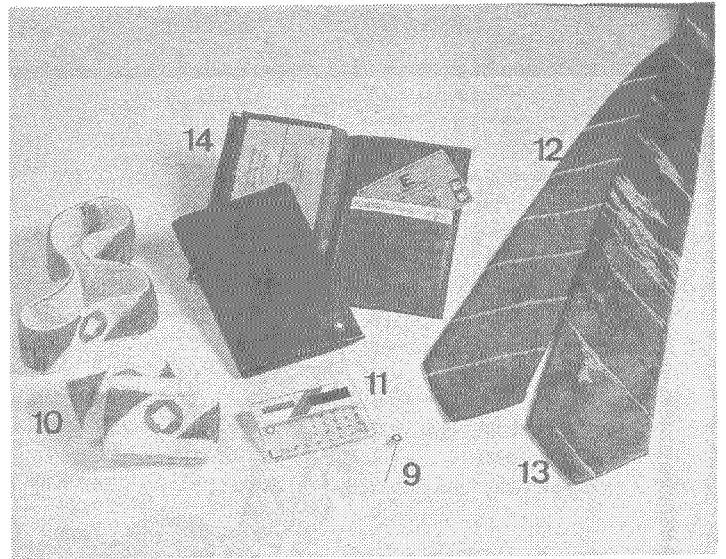


Praktisch, sportlich, elegant



Ja, ich bestelle:

- 1** Das zeitlose **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de Chine ist 90x90 cm gross und wurde mit einem handrollierten Saum versehen. ___ Ex. à Fr. 49.-
- 2** Das **neue Foulard** (90x90 cm) der «New look»-Kollektion in tollen, modernen Farben besteht aus 100% Crêpe de Chine. ___ Ex. à Fr. 50.-
- 3** **Windblouson** aus Nylon mit Strickborden. Schützt Sie bei Wanderungen vor unangenehmen Überraschungen. Einfach transportierbar, kann zusammengerollt und in der eigenen Jackentasche um die Taille getragen werden. Grössen S, M, L (Zutreffendes bitte ankreuzen) ___ Ex. à Fr. 30.-
- 4** Praktisch und unverwüstlich, das neue **T-Shirt** (mit dem Aufdruck «Freiheit gewinnt») im modernen Schnitt aus 100% Baumwolle. Grössen S, M, L, XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) ___ Ex. à Fr. 12.-
- 5** Für die warmen Tage gibt es unser **Polo-Shirt** mit diskretem FDP-Emblem im klassischen Schnitt. Grössen S, M, L, XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) ___ Ex. à Fr. 30.-
- 6** Der praktische **Sportschirm** mit einem integrierten Klappsitz, damit Sie beim nächsten Sportfest nicht mehr stehen müssen. ___ Ex. à Fr. 30.-
- 7** Der **Doppelschirm**, damit Sie zu zweit nur einen Regenschirm brauchen und trotzdem nicht nass werden. ___ Ex. à Fr. 30.-
- 8** Der **klassische Regenschirm** in den Farben Rot, Dunkel- und Hellblau lässt Sie auch bei schlechtem Wetter trocken ans Ziel kommen. ___ Ex. à Fr. 35.-



- 9** **Anstecknadel**. Der diskrete Hinweis, dass Sie der richtigen Partei angehören. ___ Ex. à Fr. 10.-
- 10** Ein absolutes Muss für jeden Sportler. Das **Stirnband und die Pulswärmer** aus 90% Baumwolle. ___ Set à Fr. 10.-
- 11** Unser Solarrechner mit der 8stelligen LCD-Anzeige hilft Ihnen bei den schwierigsten Rechenaufgaben. ___ Ex. à Fr. 20.-
- 12** Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 40.-
- 13** Die **Krawatte** aus unserer «New look»-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 40.-
- 14** Das **Portefeuille** aus bestem Anilinleder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. ___ Ex. à Fr. 44.-

Name: _____
Vorname: _____
Strasse/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Datum: _____
Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und ganze Seite einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern